

# KoFra 131

Zeitschrift für  
Feminismus  
und Arbeit  
Juli/August 2009  
27. Jg.  
ISSN 0949-0000  
ISSN 1862-5568

## Vorsicht „Lebensschützer“ Abtreibung in Gefahr?

- **Lebensschützer trauen sich wieder** (von Gisela Notz)
- **Wie Abtreibungsgegner den Vorwurf der Behindertenfeindlichkeit und des Rassismus instrumentalisieren** (von Sarah Diehl)
  - **Katholischer Bischof marschiert mit Rechtsterroristen** (von Robert Andreasch)
  - **Sich selbst nennen sie "Lebensschützer"** (von abcdefg)
    - **München 2008: Chaos-Marsch der „Lebensschützer“**
    - **Schutzzone.at - Unterschriftensammlung in Österreich**
- **Der Mann als Sicherheitsrisiko** (Glosse von Luise F. Pusch)
  - **Protest gegen Plan zur Streichung der Frauenhausfinanzierung in Sachsen**
- **Die versuchten Kindermorde in Twistetal-Berndorf. Kein Einzelfall**
  - **Bundesagentur für Arbeit setzt sich über bürgerliche Grundrechte hinweg**
  - **Sexistische Witze fördern Gewaltmechanismen**
    - **AGG schützt nur bedingt vor Diskriminierung**
      - **Netzsperrern gegen Kinderpornographie**
    - **„Watchgroup gegen sexistische Werbung“ in Graz**
- **„Das Modell des Ernährerlohns ist vollkommen überholt“**
  - **Berliner Aktionsplan gegen Homophobie**
- **5. Bundesweite Fachtagung „Lesben und Alter“**

**Inhalt**

**Schwerpunkt: Vorsicht „Lebensschützer“** **3**

---

**Lebensschützer trauen sich wieder: Abtreibung, sexuelle Freiheit und Homosexualität sind die Kernthemen der christlichen Fundamentalisten.** Gisela Notz, 3  
**Wie Abtreibungsgegner den Vorwurf der Behindertenfeindlichkeit und des Rassismus instrumentalisieren** von Sarah Diehl, 4  
**Sich selbst nennen sie "Lebensschützer"** von abcdefg, 7  
**Katholischer Bischof marschiert mit Rechtsterroristen,** von Robert Andreasch, 9  
**München 2008: Chaos-Marsch der „Lebensschützer“,** 11  
**Schutzzone.at. Unterschriftensammlung in Österreich,** 14

**Glosse von Luise F. Pusch** **14**  
Der Mann als Sicherheitsrisiko

---

**Resolutionen/Aktionen/Netzwerke** **15**

---

Protest gegen Plan zur Streichung der Frauenhausfinanzierung in Sachsen-Anhalt, 15  
Offener Brief der Frauenhäuser an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, 16  
Zuflucht oft nur gegen Bares, 17  
Kein Einzelfall: Die versuchten Kindermorde in Twistetal-Berndorf (Waldeck-Frankenberg), 18  
Bundesagentur für Arbeit setzt sich über bürgerliche Grundrechte hinweg. 19  
Attac: Weitere Umverteilung von Arm zu Reich zerstört sozialen Frieden, 20  
AGG schützt nur bedingt vor Diskriminierung, 21

**Themen** **21**

---

Sexistische Witze fördern Gewaltmechanismen, 21  
Die Versorgungsökonomie: „Das Modell des Ernährerlohns ist vollkommen überholt“, 22  
Parlament verabschiedet Berliner Aktionsplan gegen Homophobie, 24

**Nachrichten** **24**

---

Exzessiver Alkoholkonsum von Mädchen rapide angestiegen, 24, Kabinett beschließt Netzsperrungen gegen Kinderpornographie, 25, Frauenanteil im nächsten EU-Parlament bei knapp 35%, 25, Frauenministerkonferenz: Förderung von Zuwanderinnen, 26, Frauen fassen immer häufiger in hochqualifizierten Berufen Fuß, 26, „Watchgroup gegen sexistische Werbung“ in Graz, 27

**Literatur** **27**

---

Kaum zu glauben? Auch Mädchen haben Spaß an Technik und Naturwissenschaft, 27  
Broschüre „Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft“ erschienen, 28

**Termine** **28**

---

10. Interkulturelles Frauenmusikfestival 2009, Sohrschied, 28, 9. Kongress der Interdisziplinären Gesellschaft für die psychische Gesundheit von Frauen und Genderfragen (gpgf), Bern, 29, Der Mediengau von Winnenden. Über die Ausblendung der Kindermorde, München, 30., 5. Bundesweite Fachtagung „Lesben und Alter“, Charlottenberg, 30.

**Impressum:**

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de  
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

# Vorsicht: „Lebensschützer“

## Lebensschützer trauen sich wieder

### Abtreibung, sexuelle Freiheit und Homosexualität sind die Kernthemen der christlichen Fundamentalisten.

*Gisela Notz*

Wer von Islamismus und von anderen religiösen Fundamentalismen spricht, muss auch den christlichen Fundamentalismus in Augenschein nehmen. Im Zentrum stehen die Aktivitäten der selbst ernannten "Lebensschützer". Immer wieder gibt es Aktionen wie Gottesdienste für "Ungeborene Kinder", Mahnläuten und das Aufstellen von "1000 Kreuzen für das Leben". Abtreibung wird als der "neue Holocaust" bezeichnet und die "sexuelle Freizügigkeit" beklagt. Wer für sexuelle und reproduktive Rechte der Frauen eintreten, den machen sie für "den Tod von im Schnitt 300000 Kindern pro Jahr (Schätzung) mitverantwortlich" und damit auch für die "zunehmende Veralterung, da diese Kinder in der Zukunft fehlen werden" (Aktion Leben e.V. 2004). 2007 betrug die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche 116871, das waren 14000 weniger als 2006!

Abtreibungsgegner agieren keineswegs am Rande, sie nehmen wesentlich auf die Gesetzeslage Einfluss, u.a. darauf, dass der §218 noch immer im Strafgesetzbuch steht. Sie trommeln wieder für eine Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers angesichts der "relativen Abtreibungshäufigkeit", obwohl längst bekannt ist, dass wie immer geartete Strafen nicht zu weniger Schwangerschaftsabbrüchen führen. Durch restriktive Gesetze wird der Schwangerschaftsabbruch nur zu einem sozialen und gesundheitlichen Problem für Frauen.

Haben sich Frauen für einen Abbruch entschieden, müssen sie auch heute oft noch Nöte, Ängste und Erniedrigungen durch verlogene und wenig hilfreiche gesellschaftlich verordnete Moralvorstellungen

ertragen. Das Angebot möglichst guter ärztlicher Leistungen bei Schwangerschaftsabbruch ist nicht selbstverständlich. Oft werden Frauen als Bittstellerinnen behandelt, die Aufklärungspflicht über Risiken, die es vor jedem operativen Eingriff gibt, wird von manchen ÄrztInnen zur moralischen Verunsicherung der Frauen benutzt. Konfessionell und politisch unabhängige Schwangerschaftsberatungsstellen und medizinische Zentren, die sich jenseits aller ideologischen, moraltheologischen und fundamentalistischen Grundsatzdebatten für einen unverkrampften Umgang mit Sexualität und Schwangerschaft einsetzen und eine medizinisch schonende, professionelle und wohnortnahe Versorgung gewährleisten, haben immer wieder gegen die sog. "Lebensschützer" zu kämpfen.

### "Die heilige Familie"

Christliche Fundamentalisten gehen nicht nur gegen die Selbstbestimmung der Frau vor. Sog. "Lebensschützer" und andere religiöse Eiferer versuchen, die "alte Ordnung" mit der "heiligen Familie" zu rekonstruieren. Hier nur einige Beispiele: Auf dem Regensburger Kongress "Freude am Glauben" riefen die Teilnehmer am 12.6.2005 zur "sexuellen Gegenrevolution" auf. Den "68ern" warfen sie vor, durch die "Beseitigung aller Beschränkungen der sexuellen Triebbefriedigung" das moralische Fundament der Gesellschaft zerstört zu haben. Das moralische Fundament sei die Kernfamilie, mit monogamer, auf Fortpflanzung ausgerichteter Ehe und Hausfrauenmutter. Wie schon früher in der Geschichte beklagen sie die Krise der Familie. Möglicherweise haben die "68er" einen Anteil daran, dass die traditionelle Familie durch vielfältige andere Lebensformen ergänzt wird und die Realität anders aussieht, als es sich reaktionäre Kräfte wünschen.

Zur "alten Ordnung" gehört für die christlichen Fundamentalisten freilich auch die Heterosexualität. Vom 30.März bis 4.April

2008 fand in Bremen das Christival statt. Die Jugendverbände der evangelischen Kirchen feierten - finanziert vom Bundesfamilienministerium - ein großes fröhliches Glaubensfest unter dem Motto "Jesus bewegt", zu dem etwa 20000 Jugendliche kamen. Das aus diesem Anlass gegründete Bündnis "No Christival" kritisierte vor allem zwei Seminare von den insgesamt 300 Veranstaltungen und Gottesdiensten: In einem sollte Homosexualität als therapierbare Störung dargestellt werden. Homosexualität sei aber "aus biblischer Sicht Sünde und keine zielführende Sexualität", erklärte Pastor Olaf Latzel bei der Diskussion am Vorabend. Der Widerstand führte dazu, dass zumindest diese Veranstaltung abgesagt wurde.

Ein Seminar gegen Abtreibung, hinter dem die radikalen Lebensschützer des Heidelberger Vereins "Die Birke" standen, fand hingegen statt. Es trug den Titel "Sex ist Gottes Idee - Abtreibung auch?" Laut Selbstauskunft des Vereins stellt eine mögliche Abtreibung eine Gefahr dar, die Annahme des Kindes hingegen eine Chance. Das gelte für jede Abtreibung, auch wenn sie Folge einer Vergewaltigung sei.

Dahinter steckt das Interesse, Frauen kontrollieren zu wollen. Die meisten Gruppen bringen demografische Argumente ins Spiel, verweisen auf die niedrige Geburtenrate. Aber keine Frau bekommt ein Kind mit der Absicht, die Rentenkassen zu füllen.

Für die Zukunft gilt es, um freie Zusammenschlüsse unter freien Menschen ohne Unterdrückung und Gewalt und um deren eigene Entscheidung für oder gegen ein (eigenes) Kind zu kämpfen: Selbsternannte Lebensschützer und christliche Fundamentalisten brauchen wir nicht.

*Quelle: Sozialistische Zeitung 06.09.08,  
www.soz-plus.de*

### **Wie Abtreibungsgegner den Vorwurf der Behindertenfeindlichkeit und des Rassismus instrumentalisieren**

Kommentar von Sarah Diehl zur Gesetzesänderung des §218 wegen Spätabtreibungen

Die Debatten um die geplante Gesetzesreform zum §218 wegen Spätabtreibungen (also nach der 23. Woche), die vor allem Föten mit Behinderung betreffen, zeigen

eines deutlich: das Thema Abtreibung bietet sich für den Staat an, die eigenen moralischen Werte demonstrieren zu wollen.

Dabei wird eine ähnliche Verschiebung, wie bei der Neuregelung des §218 in den 90ern sichtbar: Die eugenische Indikation wurde abgeschafft, da das vereinte Deutschland sich aufgrund seiner Geschichte im Nationalsozialismus so weit wie möglich von dem Vorwurf der Eugenik distanzieren wollte. Durch die Hintertür blieb sie aber mit der medizinischen Indikation bestehen, bei der nun festgestellt wird, dass die Frau das Austragen eines behinderten Fötus psychisch zu sehr belasten würde.

Mit der derzeitigen Forderung nach Beratungspflicht und Wartezeit bei Spätabtreibungen kann sich der Staat in ähnlicher Weise moralisch über dieses Thema erheben, statt eine bessere Infrastruktur für das Leben mit Behinderung zu schaffen: in einer Gesellschaft, in der Behinderung hauptsächlich als Kosten- und Karriereproblem gesehen wird und Behinderte nicht tatsächlich in die Gesellschaft integriert sind, gibt er die Schuldfrage bei der Spätabtreibung individualisiert an die Frau weiter. Sie ist es nun, die beraten werden muss, die, wie bei der bereits praktizierten Zwangsberatung ohne Indikation, noch mal drei Tage in sich gehen muss, die dann aber meistens doch die Entscheidung treffen wird, dass die Verantwortung für ein behindertes Kind für sie als Arbeitende, als Arbeitsuchende, als Alleinerziehende, als Mutter für ihre anderen Kinder, etc. zu groß wäre. In einer Atmosphäre, in der junge Mädchen schon bei der Rötelimpfung mit dem Bedrohungsszenario „behindertes Kind“ auf ihre Rolle als Hüterin der nationalen Gesundheit vorbereitet werden, sollte das einen nicht wundern. Dass mitunter eine erzwungene dreitägige Bedenkzeit zu einer reinen Tortur werden kann, interessiert dann weniger, solange der moralische Schein gewahrt bleibt. Aber welches Licht wirft die derzeitige Debatte auf das Thema Abtreibung insgesamt?

Das SPD-Fachgremium rät von einer Gesetzesänderung ab. Es hält die ganze Debatte für "stark ideologisiert". "Die CDU behauptet, die Frauen würden es sich einfach machen. Eine solche Unterstellung ist

gerade im Fall der Spätabtreibung furchtbar" so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christel Humme.

Dass es sich die Frauen zu einfach machen ist allerdings das gängige Argument der Konservativen, die sich schon immer gegen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Frauen stellten, denn die psychologische Zurichtung von Frauen zu sich selbst aufopfernden und schuldig fühlenden Müttern kam bisher noch jedem Staat zugute. Wie sehr die Bewertung von Abtreibung und Spätabtreibung hier aber durcheinandergeht demonstrierte die Vorsitzende der CDU-Frauenunion Maria Böhmer, als sie den organisierten Abtreibungsgegnern des Bundesverband Lebensrecht für ihren Gedenkmarsch in Berlin und München für im Frauenleib „getötete Kinder“ sogar ein Grußwort sendete. Darin schreibt sie, der Marsch setze "ein wichtiges Zeichen für das Leben" und "Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Schutz, insbesondere des behinderten ungeborenen Lebens, unzureichend ist."

Man darf nicht außer Acht lassen, dass die Debatte um die Spätabtreibung in einer Zeit aufkommt, da weißen deutschen Frauen die Verantwortung der demografischen Zukunft der Nation aufgebürdet wird und Mutterschaft wieder von allen Seiten propagiert wird. Das kann mit moralischem oder finanziellem Druck geschehen: Man erinnere sich daran, als 2006 die Sozialministerin von Sachsen Helma Orosz forderte, die finanzielle Unterstützung für Abbrüche zu reduzieren und hierfür Unterstützung aus fünf Ländern bekam.....

„Wir brauchen einen Mentalitätswechsel: Kinderkriegen muss wieder in sein“ meinte Orosz damals in der SZ und tat so als habe das eine etwas mit dem anderem zu tun. Aus dem bayerischen Sozialministerium hieß es: Die extrem hohen Quoten der staatlichen Finanzierung der rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüche stünden im deutlichen Widerspruch zum staatlichen Schutz des ungeborenen Lebens.

Diese Rhetorik lässt komplett außer acht, dass restriktive Gesetze Frauen noch nie davon abgehalten haben, eine Abtreibung vorzunehmen, wenn sie diese für notwendig ansahen. Weltweit sterben jährlich laut WHO 80.000 Frauen an einer illegalisierten

Abtreibung. Und 1100 Frauen gehen etwa jährlich für eine Abtreibung nach Holland, um sich dem deutschen Gesetz zu entziehen. Dieser erzwungene Abtreibungstourismus würde sich bei einer Gesetzesänderung von Spätabtreibungen vermehren.

Obwohl jede dritte Frau weltweit einmal eine Abtreibung hat, ist immer noch ein Außenseiterthema und in fast allen Ländern noch nicht mal Teil der gynäkologischen Grundausbildung. Der Mangel an Abtreibungsärzten in Kombination mit der dreitägigen Wartefrist und Zwangsberatung stellt in manchen Landstrichen ein logistisches Problem für Frauen dar. Die Kriminalisierung von Ärzten, wie sie bei einer Gesetzesänderung vorgesehen ist, wird dazu führen, dass noch weniger Ärzte diese anbieten werden.

Die organisierten Abtreibungsgegner in Deutschland jedenfalls haben von dem gelungenen Backlash in den USA gelernt. Im Vergleich USA und Europa zeigt sich eine interessante Parallele: Der Kampf gegen Rassismus und Behindertenfeindlichkeit wird instrumentalisiert, um Abtreibung und deren Befürworter zu diskreditieren. So wird dem Familienplanungszentrum Planned Parenthood von Abtreibungsgegnern vorgeworfen, die afro-amerikanische Bevölkerung durch Abtreibung reduzieren zu wollen. Deren Gründerin Margaret Sanger hatte 1938 das sogenannte Negro Project, u.a. in Zusammenarbeit mit W.E.B. DuBois, gestartet, das Familienplanung vor allem in armen schwarzen Communities im Süden der USA zugänglich machen wollte. Verschiedene Abtreibungsgegnergruppen wie National Black Pro-Life Union, benutzen bis heute falsche oder aus dem Kontext gezogene Zitate, um den Vorwurf zu erhärten, dass somit die Extermination der schwarzen Bevölkerung geplant war und demonstrieren im Internet vor Kliniken und Universitäten gegen den "black genocide", der in den PP Kliniken immer noch stattfindet. Auf Flyern der Gruppe Life Education argumentieren diese: Between 1882 and 1968, 3,446 Black people were lynched in America. Today more Black babies are killed by white abortionists every three days than all who were lynched in those years."

Gerade in universitären Gruppen (u.a. die Medical Students For Life mit 68,000 Mitg-

liedern) fallen solche sich auf Menschenrechte und Antirassismus beziehende Argumente auf fruchtbaren Grund: „Why did they (Center for Disease Control's 2003 report on abortion statistics ) find the abortion rate for African Americans three times higher than the abortion rates of whites?“ fragt Mary McElroy in einem Artikel im Collegemagazin The Greyhound im April 2009 und schreibt, dass jede Frau die Wahlfreiheit haben muss, ein Kind zu bekommen auch wenn sie arm und Schwarz ist. Damit hat sie sicherlich recht aber wäre hier die Diskussion um Förderung und Hilfen für unterprivilegierte Schwarze nicht angebracht? Stattdessen schlägt sie die Brücke weiter zu der zentralen Identifikationsfigur für Menschenrechte Martin Luther King: „I believe that in order to fully remember and continue MLK's message of equality for all, we must work to secure that right which is the basis of all civil rights: right to life.“ Aus dem Kontext erschließt sich, dass sie hiermit v.a. das Leben des Embryos/Fötus meint. Tatsächlich hat Sanger aber großen Zuspruch von King erfahren. Ihren Tod 1966 kommentierte er: „There is a striking kinship between our movement and Margaret Sanger's early efforts. Our sure beginning in the struggle for equality by nonviolent direct action may not have been so resolute without the tradition established by Margaret Sanger and people like her.“ Kings Nichte Alveda King ist allerdings in der Antiabtreibungsbewegung eingespannt. Auf dem Pro-Life March 2008 in Washington sprach sie darüber, wie sehr sie an ihren zwei Abtreibungen leidet und bezieht all ihre Probleme auf diese Erfahrung. Anstatt daraus eine Kritik an der paternalistischen Behandlung schwarzer Frauen im amerikanischen Gesundheitssystem, mangelndem Zugang Sexualaufklärung und zu Verhütung und der Bevormundung ihrer männlichen Partner hierbei zu formulieren, schließt sie nur daraus, dass die Abtreibung an sich der Ursprung allen Übels sei und verkauft auf ihrer Webseite Aufkleber mit dem Satz: *Women DO regret Abortion.* „My aim is to hasten the day when declaring yourself pro-choice would be like declaring yourself a white supremacist“ schreibt der Pastor John Piper auf der Webseite Desiring God. Auch wenn US-Politiker sich noch nicht öffentlich dieses Zusammenhangs bedienen, versuchen

Gruppen wie Issues4Life, die gezielt schwarze Pastoren als Sprecher gewinnen wollen, politischen Einfluss zu nehmen: In einem Schreiben an den Kongress bezeichnen sie die Arbeit von PP als das "Darfur of America" und fordern, ihnen sämtliche staatlichen Gelder zu streichen, wie eine Studie des Guttmacher Instituts zeigt. Diese Strategie ähnelt der bereits von Präsident Reagen in den 80ern durchgesetzten Gag Rule, die regelt, dass die USA keine finanzielle Unterstützung an NGOs in Entwicklungsländern gibt, die Informationen über Abtreibung anbieten. Obama hat diese Gag Rule außer Kraft gesetzt, aber die Republikaner kündigten bereits an, dass sie sie wieder einsetzen werden. Auch unter Angestellten des Gesundheitssystems in den USA ist der Rassismusvorwurf ein diskutiertes Thema, das den Berufsstand des Abtreibungsarztes diskreditiert.

„In den USA propagieren die Mainstream Medien diesen Rassismusvorwurf normalerweise nicht, aber die Abtreibungsgegner verteilen Pamphlete darüber und versuchen sie auch in unseren Wartezimmern zu platzieren. Wir haben deshalb ein Fact Sheet darüber hergestellt, da es doch ein häufiges Thema darstellt, das wir klären mussten“ meint Leslie Graham von PP/Maryland. Die Lebensrealität von Frauen wird nach wie vor nicht anerkannt. Dafür wird das Angebot, sich als Abtreibungsgegner mit einem "erretteten Kind" zu inszenieren, immer attraktiver.

Erfolgreich: Durch Einschüchterung von Gesundheitspersonal und das Kriminalisieren bestimmter medizinischer Dienstleistungen wurde der Zugang zu sicheren Abbrüchen bereits immens erschwert. In ganz Mississippi mit fast 3 Mio. Einwohnern und einer hohen Rate an schwarzen Teenagern mit ungewollten Schwangerschaften, gibt es nur noch eine Klinik, die Abtreibungen durchführt. Vor dieser stehen Abtreibungsgegner jeden Tag, die Frauen am Zutritt hindern wollen, wie Raney Aronson in ihrem Frontline-Dokumentarfilm The last Abortion Clinic zeigt. Dies ist besonders dramatisch, weil der Rassismusvorwurf nicht nur gegen Abtreibung benutzt wird sondern auch gegen Verhütung, worauf Ingrid Husisian von PP/New York hinweist.

In Deutschland hingegen wird wegen der Bedeutsamkeit der Eugenikdebatte aus der

Geschichte des Nationalsozialismus versucht, Spätabtreibung zu skandalisieren, um die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Abtreibungen zu beeinflussen.

International agierende Organisationen wie Human Life International versuchen hierfür gezielt, Ärzte und Anwälte auf ihre Seite zu ziehen. Im Internet, in Schulen und vor Kliniken werden Frauen und Ärzte moralisch unter Druck gesetzt und es wird versucht mit Falschinformationen die Diskurs-hoheit über Abtreibung zu gewinnen. In den USA wurde durch Einschüchterung von Gesundheitspersonal und das Kriminalisieren bestimmter medizinischer Dienstleistungen der Zugang zu sicheren Abbrüchen bereits immens erschwert.

Die derzeitigen Debatten führen leider nicht zu der längst fälligen Forderung, Abtreibungen generell zu entkriminalisieren, sondern geben Abtreibungsgegnern ein hilfreiches Werkzeug in die Hand, um in den nächsten Jahren noch weitere Gesetzesverschärfungen zu fordern.

*Sarah Diehl 20.April 2009*

### **Sich selbst nennen sie "Lebensschützer"**

*von abcdefg*

Sich selbst nennen sie "Lebensschützer". Hinter diesem Begriff verbergen sich organisierte AbtreibungsgegnerInnen, die mit ihrer reaktionären Ideologie dafür sorgen wollen, dass Frauen das Recht am eigenen Körper nicht anerkannt wird.

### **Die Grundsätze**

Die Lebensschützer\_innen vertreten eine extrem reaktionäre Ideologie. Kern davon ist die Schöpfungsordnung nach Adam und Eva, eine zutiefst patriarchale und heteronormative Ordnung.

In ihrem Weltbild werden Frauen<sup>(1)</sup> einzig und allein als Mütter wahrgenommen. Es sei Gottes Plan, wenn eine Frau schwanger wird, daher habe der Mensch dort auch nirgendwo einzugreifen. Daher agitieren die LebensschützerInnen gegen jede Art von Verhütung und ganz massiv gegen jeden Schwangerschaftsabbruch. Damit sprechen sie Frauen das Recht am eigenen Körper ab und zwar grundsätzlich.

Kein noch so krasser Fall rechtfertigt in ihren Augen einen Eingriff in Gottes Plan. So sagte z.B. in Anfang der 90er der Salzbur-

ger Erzbischoff Georg Eder: "Wird eine Frau nach einer Vergewaltigung schwanger, dann hat's ihr Spaß gemacht."

### **Die Organisationen**

Die „Lebensschützer“ kommen fast ausschließlich aus christlich-fundamentalistischen Kreisen aller Konfessionen. Sie organisieren sich in zahlreiche Gruppen, wie etwa Euro Pro Life, Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren oder auch Helfer für Gottes Kostbare Kinder.

Viele Lebensschützer kommen aus einem evangelikalen Kontext, allerdings sind sich die evangelischen Amtskirchen in ihren Positionen zum Thema Schwangerschaftsabbruch nicht einig. Die katholische Amtskirche ist dagegen einer der größten Unterstützer dieser Strömung.

So war z.B. der jetzige Papst Josef Ratzinger 1981 bis 2005 Präfekt der Heiligen Kongregation für Glaubensfragen, einem Gremium das bis 1908 Römische und Universale Inquisition hieß und bis heute massiv gegen Abtreibungen und Verhütung hetzt. Neben obengenannten Organisationen gibt es auch diverse andere "Lebensschützer"-Organisationen, die nicht gleich als solche auffallen, um unter dem Deckmantel sachlich-neutraler Information die "Lebensschützer"-Ideologie zu verbreiten. Dazu gehören z.B. die Europäische Ärzte Aktion oder auch die Juristen-Vereinigung Lebensrecht.

Auch sind LebensschützerInnen in vielen Parteien organisiert. Neben ihren eigenen Parteien wie der Christlichen Liga und der Christlichen Mitte sind sie auch in anderen Parteien vertreten und zum Teil auch organisiert, wie z.B. in der CDU/CSU bei den Christdemokraten für das Leben (CDL) oder in der FDP im Liberalen Gesprächskreis Lebensrecht. Aber LebensschützerInnen und ihre Positionen lassen sich auch bei SPD und Grünen finden.

### **Offen bis ganz weit nach rechts**

Wenn sich auch LebensschützerInnen bis weit in der politischen Mitte finden lassen, so ist Ideologie doch ganz klar ziemlich weit rechts einzuordnen. Mit der schon erwähnten patriarchalen und heteronormativen Weltansicht gehen auch extrem rassistische, völkische und z.T. auch antisemitische Positionen einher. Gerne wird vom Aussterben des Deutschen Volkes erzählt,

wie z.B. der katholische Kardinal-von-Galen-Kreis 1991 in einem offenen Brief an den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble schrieb:

"Der Krieg gegen die Kinder bringt und jährlich Menschenverluste, die in der Größenordnung des Russlandfeldzuges liegen. Diese Verluste werden durch Asylanten ausgeglichen. Diese erhalten soziale Zuwendungen, die wir durch die Tötung deutscher Kinder eingespart haben, ein Teufelskreis, der mit der Vernichtung unseres Volkes endet."

Sehr gerne werden auch Schwangerschaftsabbrüche mit dem Holocaust gleichgesetzt, wie z.B. durch die oft verwendete Wortneuschöpfung Babycaust, oder Abtreibung werden gar schlimmer als der Nationalsozialismus dargestellt.

Die katholische Zeitung des Bistums Münster Kirche und Leben schrieb beispielsweise:

„Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ichsucht, wie etwa heute bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht ist darum moralisch niedriger anzusetzen.

Nazis haben sich an unschuldigen Menschen ausgelassen, die weitgehend erwachsen waren und sich gegen das ihnen geschehene Unrecht empören konnten. Bei der Abtreibung (...) ungeborener Kinder, die kein Wort sprechen können (...) [ist] die Charakterlosigkeit noch niedriger anzusetzen als bei den Nationalsozialisten.“

Als höhere Ideale betrachten die Lebensschützer\_innen "Vaterland, Ehre, Keuschheit, gehorsam, Ein- und Unter-Ordnung unter das Volksganze und Opferbereitschaft, vor allem der Frau."

So werden dann auch mal gerne Verschwörungstheorien gesponnen:

"Die Feinde Deutschlands versuchen nach dem Kriege durch die Zerstörung aller höheren Ideale wie Vaterland, Ehre, Liebe, Glaube usw. den Aggressionstrieb der Deutschen auszumerzen und sie in eine liberale Konsumgesellschaft (...) zu verwandeln."

Wer diese Feinde sein sollen, wird allerdings nicht offen gesagt. Böse Zungen sagen dazu: "Der einzige Unterschied zwischen den Nazis und den Lebensschützern: Bei den einen heißt der Führer Adolf, bei den andern Jesus."

### **Die kapitalistische Realität**

Laut §218 StGB ist ein Schwangerschaftsabbruch in der BRD immer noch rechtswidrig, auch wenn er inzwischen bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei ist. Dafür ist allerdings jede schwangere Frau verpflichtet, sich einer Zwangsberatung zu unterziehen.

"Diese brandmarkt Frauen als potentiell verantwortungslos, unwissend und unmündig. Für Männer gibt es in keinem Zusammenhang einen vergleichbaren Zwang. Ein Beratungszwang ist in sich ein Paradox: es geht hierbei nicht um Information, denn diese wäre durch vielfältige, freiwillige Beratungsmöglichkeiten vermittelbar, sondern um die Reproduktion patriarchaler Kontrolle und der Festschreibung von geschlechtlichem Rollenverhalten."

Kapitalistische Gesellschaften sind immer noch patriarchal geprägt. Es herrscht immer noch überwiegend eine Arbeitsteilung mit reproduktiven Tätigkeiten für die Frau und produktiven Tätigkeiten für den Mann. Einem schwangeren Körper wird die Individualität abgesprochen, die befruchtete Eizelle wie auch der Körper werden in den Dienst von Gott, Volk und Nation gestellt. Somit reproduzieren die "Lebensschützer" - wenn auch ungleich schärfer - in ihrer Ideologie eben auch die kapitalistisch-patriarchale Realität (was nicht heißen soll, dass es ohne den Kapitalismus zwangsläufig kein Patriarchat gäbe).

### **Auftreten der "Lebensschützer"**

Um ihre Ideologie durchzusetzen gehen die Lebensschützer\_innen vielfältige Wege. Neben Propagandaarbeit durch Broschüren, Plakate u.ä. und ihrem Wirken hinter den Kulissen treten sie auch immer mal wieder bewusst in die Öffentlichkeit. So stehen einige von ihnen in einigen Städten wie z.B. München täglich vor Kliniken, in denen auch Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden und terrorisieren Frauen die dort langkommen und möglicherweise in die Klinik gehen wollen. Die "Lebensschützer" nennen dies dann ganz euphemistisch „Gehsteigerberatung“.

Ebenfalls wichtiges Element im öffentlichen Auftreten sind die sog. 1000-Kreuzmärsche. Unter dem Motto 1000 Kreuze für das Leben führen sie regelmäßig Gebetsprozessionen in verschiedenen Städten durch, so z.B. (2008) am 25. Juli in Salz-

burg (am 20.9. in Berlin und am 4.10. in München).

Dabei scheint es recht einfach zu sein, die LebensschützerInnen schon mit kleinen Gegenaktionen zu provozieren.

Gerade in Österreich kam es in diesem Zusammenhang immer wieder zu Aktionen.

*Quelle: indymedia v. 6.9.08*

### **Katholischer Bischof marschiert mit Rechtsterroristen<sup>3</sup>**

von Robert Andreasch

Dass beim „Tausend Kreuze für das Leben“-Marsch am Samstag in München neben christlichen Fundamentalist\_innen auch Teile der Münchner Neonaziszene aufmarschierten, kommt nicht von ungefähr: Die Ideologie der sich selbst zynisch „Lebensschützer“ nennenden Abtreibungsgegner\_innen ist nicht frei von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und von einer Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Alle sind sie Teil eines gemeinsamen Aufmarsches: Joseph Kurtz, der katholische Erzbischof von Louisville/Kentucky und Wolfgang Hering, Hauptakteur der Münchner Abtreibungsgegner\_innen sind u. a. mit Norman Bordin, dem vorbestraften neonazistischen Gewalttäter, sowie mit den Münchner Kameradschaftsaktivisten Philipp Hasselbach, Mike Nwaiser und Markus Heine unterwegs. Seit mehreren Monaten hatten christlich-fundamentalistische Gruppen nach 2002 und 2006 zu einem erneuten „1000 Kreuze für das Leben“-Aufzug nach München mobilisiert. Schon am Vorabend stellte ihnen die katholische Kirche die Theatinerkirche St. Kajetan zur Verfügung, am Sonntag dann der Freistaat Bayern den Max-Joseph-Saal in der Residenz. Der Marsch wurde von zahlreichen Organisationen von Abtreibungsgegner\_innen beworben, u. a. der „Aktion

Lebensrecht für Alle e.V.“ (Augsburg). Seit Wochen riefen Münchner Neonazis ihr Klientel zur Teilnahme auf. Fast ein Drittel der 200 Teilnehmer\_innen, die sich ab 16 Uhr für die abstruse Mischung aus Prozession und Demo auf dem Marienplatz sammeln, sind am Ende der Münchner, oberbayerischen und niederbayerischen Neonaziszene zuzuordnen. Der katholische Erzbischof Joseph Kurtz läutet mit einer großen silbernen Schiffsglocke, als NPD-Funktionär Karl Richter und der als Rechtsterrorist verurteilte Karl-Heinz Statzberger im Rahmen des Marsches unterhalb des Friedensengels Rosen in die Isar fallen lassen. Das soll, zusammen mit laut ausgerufenen „Kindernamen“, irgendwie an angeblich „im Mutterleib ermordete Kinder“ erinnern und wurde als Aktionsform von den „Lebensschützern“ so schon im Juli diesen Jahres in Salzburg erprobt.

### **„Jeder ist willkommen“**

Untereinander gibt es kaum Probleme in der „gespenstischen Allianz“ (TZ) . Lediglich, dass sich ein kleiner Block der selbsternannten „Freien Nationalisten München“ zum Gebet unterwegs nicht hinkniet, verstimmt die Veranstalter\_innen um Wolfgang Hering. Im Vorfeld hatte sich Herings Organisation „Euro Pro Life“ gegenüber dem NPD-Blog ([www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info)) auf Anfrage geweigert, sich von den Neonazis zu distanzieren: „Jeder, der von Herzen in diesem Anliegen mit uns mit beten möchte, ist willkommen.“

Man teilt sich auch die Feinde: Die gemeinsamen Feinde sind am Samstag Nachmittag zum einen Linke und Antisexist\_innen, die mit Lärm, kreativen Aktionen, wandern den Riesencondomen und dem ein oder anderen Blockadeversuch den Marsch torpedieren. Zum anderen die Medien: die Einen halten Pressefotografen die behandschuhte Hand vors Objektiv, die Anderen eben den Rosenkranz. Neonazistische Anti-Antifa-Aktivisten fotografieren und bedrohen Gegner\_innen und Pressevertreter\_innen. Darunter sind welche aus dem Kreis der sog. „Anti-Antifa Nürnberg“. Auch Thomas Schatt, ebenfalls verurteilt wegen Mitgliedschaft in einer (rechts-)terroristischen Vereinigung, versucht, Gegendemonstrant\_innen zu fotografieren. Homophobie und sexistische Sprüche, so berichten es Anwesende, sind im gesamten De-

<sup>3</sup> Dieser Artikel basiert auf dem Manuskript eines Redebeitrags, gehalten auf der Kundgebung „My body – my choice!“ des Antisexistischen Aktionsbündnis München (asab\_m) am 4.10.2008 gegen den „1000 Kreuze“-Marsch. in [asab.m](http://asab.m). Der Redebeitrag analysiert die ideologischen Schnittmengen zwischen Nazis und sog. Lebensschützern. Er wurde mit einem Bericht über den Marsch ergänzt, und von [Aida](http://Aida) veröffentlicht.

mo-Zug nicht selten. Die Veranstalter lassen zwei junge Männer aus dem Marsch werfen, weil sie sich küssen. Dem einen jungen Mann schlägt ein Christ noch ein Marienbild auf den Kopf. Die Teilnehmenden singen dazu: „Dona nobis pacem“ – „Gib uns deinen Frieden“.

### **Ein Ressentiment kommt selten allein**

Die Ideologie der aufmarschierten Gruppen zeigt auf drastische Weise die Verwobenheit von Sexismus mit einer reaktionären Bevölkerungspolitik, mit Rassismus und Antisemitismus auf. Selten offenbaren sich jedoch die gemeinsamen Schnittmengen zwischen christlichen Fundamentalist\_innen und der deutschen Neonaziszene so deutlich, wie am vergangenen Samstag in München.

### **Gemeinsamkeit 1: Reaktionäre Bevölkerungspolitik**

Christa Meves, um mal ein Beispiel zu nennen, ist eine Abtreibungsgegnerin, die auch schon bei Jürgen Riegers nationalsozialistischer Artgemeinschaft vorgetragen hat. Vor wenigen Monaten trat sie zusammen mit dem Augsburger Bischof Walter Mixa beim „Kirche in Not“-Kongress in Augsburg auf. Da „ein hoher Prozentsatz der 40-jährigen Akademikerinnen“ keine Kinder habe, rief Meves die Versammelten als „Urbewohner des Landes“ zur „Überwindung des destruktiven Feminismus“ auf. Offensichtlich fehlen ihr eben nur weiße, christliche Akademikerkinder. Meves bekam Standing Ovationen, auch von Bischof Mixa.

Die Szenarien vom aussterbenden deutschen Volk werden ergänzt von rassistischen Prophezeiungen, dass Deutschland von „Ausländern“ „überflutet“ und Mitteleuropa islamisch werde. Das ganze ist aber auch verknüpft mit einem Wunsch nach elitärer Selektion: Im neuen Buch der Junge-Freiheit-Autorin Ellen Kositzka „Gender ohne Ende“ heißt es z. B. „Damals galten Akademiker, Anthroposophen und Adlige als eminent gebärfreudig, heute sind es laut Stammtisch eher Arbeitslose, Ausländer und Asoziale“. Ähnlich lässt es sich im Aufruf finden, mit dem die neonazistischen „Freien Nationalisten München“ zum „1000 Kreuze-Marsch“ mobilisierten: „1000 Kinder, denen man die Chance auf ein Leben bereits im Mutterleib nimmt. Eine erschre-

ckende Zahl, da dies einmal mehr zur negativen demografischen Entwicklung in unserem Land beiträgt. Währenddessen läßt sich seit Jahren die Gebärfreudigkeit gerade ausländischer Familien feststellen.“

### **Gemeinsamkeit 2: Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen**

Einige „Lebensschützer“ und Neonazis verbindet jedoch noch mehr: Zum Beispiel die antisemitische Instrumentalisierung der Schoah für die eigenen Zwecke. Sprache, Kunst und manchmal auch Aktionsformen, die aus der Erinnerungsarbeit an den Nationalsozialismus bekannt sind, werden durch Abtreibungsgegner\_innen aufgegriffen. Radikalere Gruppen wie die „Aktion Leben e. V.“ setzen die Schoah und Schwangerschaftsabbrüche in eins, manche nennen Abtreibungen „Babycaust“, was einige deutsche Gerichte auch legalisiert haben. Auf einer gleichnamigen homepage kann mensch das Bild gestapelter Leichen aus einem nationalsozialistischen KZ anklicken – und landet dann bei einem Foto, das angeblich ein abgetriebenes Embryo zeigen soll. Beim Aufmarsch am Samstag verteilen teilnehmende Abtreibungsgegner\_innen wirre Flyer mit der Aufschrift „Fristenlösung ist Endlösung – mein Bauch ist kein KZ“. Unklar bleibt, warum sie die Deutschland-Fahne auf dem Flyer mit einem Hakenkreuz dekorierten. Geburtenkontrolle und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen werden auf eine Ebene gestellt mit dem millionenfachen Mord durch Giftgas, Erschießungskommandos und der Vernichtung durch Arbeit in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern. Die katholische Zeitung des Bistums Münster, darauf wies das „Antisexistische Aktionsbündnis München“ (asab\_m) im Aufruf zu den Gegenaktionen am Samstag hin, ging in einem Artikel noch weiter und hetzte: „Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ichsucht, wie etwa heute bei der Abtreibung.“

### **Gemeinsamkeit 3: Festhalten an starren Geschlechterrollen**

Mit einer Verspätung von Jahrzehnten haben christliche Fundamentalisten (Fels, Die Wende e. V., Freundeskreis Christa Meves u.v.m.) und die extreme Rechte (FPÖ, Ring Nationaler Frauen, Junge Freiheit, Institut

für Staatspolitik u.v.m.) offenbar erst jetzt mitbekommen, dass die in der Moderne einst als selbstverständlich akzeptierte Existenz der zwei Geschlechter Mann und Frauen längst fließend und variabel geworden ist. Geschlecht muss als soziale Konstruktion verstanden werden. Die extreme Rechte sieht dadurch ihre Grundlagen, Biologismus und Essenzialismus in Gefahr: Selbst im zurückliegenden Landtagswahlkampf ging es im NPD-Flugblatt „Beckstein muss weg“ um das derzeitige Lieblingsthema der Rechten, die Gender-Debatte. „Unser Volk sollte nicht aussterben, weil verantwortungslose Gender-Strategen die Geschlechter abschaffen wollen“, schrieb die Bundessprecherin des Rings Nationaler Frauen, Gitta Schüßler.

#### **Gemeinsamkeit 4: Patriarchales Frauenbild**

Grundlage des patriarchalen Frauenbildes ist der Biologismus, „Unterschiede“ zwischen „Mann“ und „Frau“ seien demnach „biologisch“ festgelegt oder „gottgegeben“. Die Gebärfähigkeit steht dabei im Mittelpunkt: der gesellschaftliche Nutzen der Frau ist das Gebären. Die angeblich unterschiedlichen „Eigenschaften“ der Menschen werden dann auf „Völker“ ausgeweitet, die auch unterschiedliche „Eigenschaften“ und „Wesenseigenschaften“ hätten. Davon abgeleitet wird dann der „Nationenbegriff“, in dem das „Volk“ die Substanz bildet. Bei der verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ hieß es einst, das wesentliche Naturgesetz sei „die Verschiedenheit der Menschen untereinander, nicht nur zwischen den Rassen und Völkern, sondern vor allem zwischen den Geschlechtern.“ Die Programme der Rechten basieren also auf einer sexistischen Ideologie, und auch bürgerlich-konservative Kreise lehnen sich an dieses Weltbild an.

Eine zunehmend nationalistischer werdende Stimmung in Deutschland kann so auch eine reaktionärere Familien- und Frauenpolitik nach sich ziehen. Und eine konservativere Frauen- und Familienpolitik kann umgekehrt eine härtere Gangart in der Migrations- und Integrationspolitik heißen. Das Macht- und Gewaltverhältnis von Männern über Frauen hat dabei für rassistische Muster eine besondere Bedeutung: Schon heute durchzieht den rassistischen Alltagsdis-

kurs oft die Redefigur, „deutsche Frauen“, gleichzeitig eigentlich „Frauen von Deutschen“, würden von sog. „Ausländern“ (nicht von: Männern) besonders häufig bedroht oder belästigt.

Über eine männlich-sexistische Zuordnung verlief die Grenze zwischen „Wir“ und „Ihr“ in ihrer mörderischsten Konsequenz auch im Nationalsozialismus: wenn ein sogenannt „fremder“ Mann mit einer deutschen Frau zusammen war, verletzte er die Grenze, die Nazis nannten das „Rassenschande“. Die Wiederherstellung der männlich bestimmten sozialen Ordnung verlief dann über Gewalt und Diffamierung der Frau und des Mannes. Verbal weitergeführt wird diese Linie heute in den ständigen Aufrufen zu Mord und Vergewaltigung durch deutsche Rechtsrockbands der militanten Kameradschaftsszene. Im Nationalsozialismus wurden somit freiwillige Liebesverhältnisse bestraft, und nicht die Massenvergewaltigungen durch deutsche Soldaten und Einsatzgruppen. Frauen, die im Nationalsozialismus „fremde“ Männer heirateten, wurden aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Bis in die 60-er Jahre des letzten Jahrhunderts bestimmte sich danach übrigens die staatsbürgerliche Zugehörigkeit von Frauen.

Die zentrale Unterscheidung politischer Positionen stellt der Begriff der Gleichheit dar. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die dafür kämpfen, dass alle Menschen gleich sind, und auf der Grundlage dieser Gleichheit „ohne Angst verschieden“ sein können (Adorno). Der Kampf gegen die Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheit folgt daraus zwingend.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die Menschen als ungleich unterteilen. Diese marschierten am Samstag gemeinsam durch München.

#### **Bericht aus München 2008: Chaos-Marsch der „Lebensschützer“**

Am Samstag, 4. Oktober 08, sollte in München ein sog. 1000-Kreuz-Marsch von reaktionären AbtreibungsgegnerInnen stattfinden. Auch die Naziszene hatte auf diesen Marsch mobilisiert. Viele Gegenaktionen störten den geplanten Ablauf des Ganzen massiv.

Nachdem es bereits im Vorfeld zu einigen Aktionen gekommen war, stand diesen

Samstag nun das zentrale Fundamentalisten-Event, der 1000-Kreuz-Marsch durch das Zentrum von München an.

Der Tag begann ab 14 Uhr mit einer Kundgebung am Geschwister-Scholl-Platz, wo etwa 200 Menschen verschiedenen Redebeiträgen lauschten, in denen ausführlich über die Strukturen der "Lebensschützer" informiert wurde und grundsätzliche Positionen zum Recht am eigenen Körper dargelegt wurden. Auch gab es ein kurzes Grußwort vom "Bündnis Gegen Abtreibungsverbot // Gegen christlichen Fundamentalismus" aus Berlin, wo vor kurzem Ähnliches stattfand.

Unterhaltsam wurde es, als 2 Bibelfundis es für eine gute Idee hielten, sich mit Pappschildern mit aufgemalten Bibelsprüchen in die Kundgebung zu stellen. Nachdem die Schilder ordnungsgemäß entsorgt wurden, meinten die beiden eine Rängelei starten zu müssen, worauf sie aus der Kundgebung gedrängt wurden und verschwanden. Im Weggehen warfen sie mit einigen Aufklebern um sich. Darauf standen Sprüche wie "Der Mutterleib ist kein KZ", gedruckt auf eine Schwarz-Rot-Gelbe Fahne mit Hakenkreuz.

Gegen 15.30 waren alle geplanten Redebeiträge vorgetragen worden und so leerte sich die Kundgebung allmählich, wollten doch schon bald die "Lebensschützer" mit der Kreuzausgabe am Marienplatz beginnen.

Die Münchner Innenstadt war gerappelt voll. Es war letzter Oktoberfest-Samstag, ein Fußballspiel war auch, und Samstags ist die Stadt ja auch sowieso schon sehr voll. So drängten sich auch auf dem Marienplatz die Menschen eng an eng, während nach und nach immer mehr Gegendemonstrant\_innen ihren Weg dorthin fanden. Darunter waren auch 3 riesige rosa Kondomfiguren, die bei vielen PassantInnen für Erheiterung sorgten, bevor die Polizei meinte, den Spaß verderben zu müssen und ihnen Platzverweise erteilte.

Auf dem Marienplatz stand inzwischen auch ein Transporter, in dem sich die weißen Holzkreuze befanden. Darum sammelten sich die GegendemonstrantInnen, gut 200 "Lebensschützer" sowie etwa 60 Nazis. Die Situation war extrem chaotisch, so dass die KreuzzugorganisatorInnen "aus Sicherheitsgründen" auf die Ausgabe der

Kreuze verzichteten, was mit großem Applaus begrüßt wurde. Die zu diesem Zeitpunkt anscheinend zu wenige PolizistInnen versuchten nun "Lebensschützer" und Nazis von den GegendemonstrantInnen zu trennen, was ihnen aufgrund der unübersichtlichen Szenerie allerdings nicht gelang.

Ohne Kreuze konnten die Fundis nur noch einige wenige Pappschilder, so wie ein großes hölzernes Portrait der "Jungfrau Maria" tragen. Dies allerdings zunächst nicht all zu weit, da plötzlich zwei Männer direkt vor dem Holzportrait anfangen, sich zu küssen. Dies ekelte die ChristInnen so sehr, dass sie sich weigerten, die "Jungfrau Maria" an dieser Szene vorbei zu tragen. Stattdessen zogen sie einem der Küsser die Gottesmutter über den Schädel, bis das Paar den Weg frei machte. Nach und nach formierte sich nun der Kreuzzug. Von außen wurden immer wieder Parolen gerufen und Transparente hochgehalten. Da es der Polizei zuvor nicht möglich gewesen war, die Gruppen klar voneinander zu trennen, wurden die Parolen auch aus dem Zug heraus erwidert.

Innerhalb des Kreuzzugs formierten sich die Nazis zu einem eigenen Block hinter einem Transparent mit Patschhändchen-Ästhetik. Insgesamt war das Spektrum der Nazis sehr gemischt, von Parteiprominenz und -anhängern wie z.B. Karl Richter (BIA/NPD) und Norman Bordin (NPD) über "Freie Kräfte" um Mike Nwaiser und eher unorganisierte "Dorfnazis" bis hin zu verurteilten Rechtsterroristen wie Karl-Heinz Statzberger.

Kurz nach dem Abmarsch des Zugs kam es zu ersten Blockadeversuchen. Diese wurden allerdings schnell durch einen rabiatischen Einsatz der Polizei verhindert. Insbesondere das USK tat sich mal wieder durch Würgen, Schlagen und brutales Umwerfen von GegendemonstrantInnen hervor.

Nachdem so mehrere Blockadeversuche scheiterten, wurde der Marsch durchgehend auf allen Seiten von Gegenprotesten begleitet. Transparente wurden gezeigt, es wurde ein extremer Lärm gemacht, "Lebensschützer" und Nazis wurden mit aufgeblasenen Kondomen beworfen. Durchgängig wurden Parolen gerufen wie "Für die Freiheit, für das Leben - Selbstbestimmung muss es geben!", "Kein Gott! Kein

Staat! Kein Patriarchat!“ und “Gegen Macker und Sexisten - Fight the power - Fight the system!“.

Insgesamt waren an die 300 Menschen an den Protesten gegen den reaktionären Aufmarsch beteiligt, also noch einige mehr als auf der Kundgebung am Geschwister-Scholl-Platz.

An der Maximilians-Brücke gelang es den Polizeiketten einen größeren Teil der GegendemonstrantInnen aufzuhalten. Infolge dessen kam es abseits des Marsches zu Katz und Maus-Spielen zwischen Gruppen von Linken und Polizei und zu geglückten und missglückten Durchbruchversuchen.

Währenddessen lief der Fundamentalistenmarsch weiter. Immer wieder wurden gruselige Gesänge angestimmt, die allerdings durch die GegendemonstrantInnen meist übertönt wurden. Auch machte der Marsch immer wieder Pausen, in denen die ChristInnen niederknieten und zu beten versuchten. Dabei blieben die Nazis allerdings stehen, auch wenn Einzelne von ihnen mit beteten, wozu sie ja auch von den “Lebensschützern“ eingeladen worden waren.

Einen längeren Stopp legte der Aufzug an der Prinzregenten-Brücke ein. Hier wurden mehrere Rosen ins Wasser geschmissen und dazu Jungen- und Mädchennamen aufgesagt. Allerdings landeten nicht nur Rosen, sondern auch einige Kondome im Wasser. Danach ging es weiter. Inzwischen waren auch einige der Lebensschützer mit insgesamt etwa einem Dutzend weißer Kreuze versorgt worden.

Auf dem Rückweg wurde der Zug auch weiterhin durch lautstarke Proteste flankiert.

Hierbei kam es nun allerdings immer wieder zu rabiateren Attacken der Polizeikräfte, wobei auch versucht wurde, mehrere Menschen fest zu nehmen. Insgesamt kam es zu 4 In-Gewahrsam-Nahmen und einer Festnahme.

Am Odeonsplatz machten die ChristInnen dann wieder eine Gebetspause. Gleichzeitig marschierten die Nazis weiter Richtung Feldherrenhalle, was von der Polizei nur kurz und halbherzig versucht wurde zu unterbinden.

Am Marienhof verschwanden die Nazis mit Polizeibegleitung in der S-Bahn, während der “Lebensschützer“-Zug nun weiter zum

Marienplatz ging. Nach Ende dieser vielfältigen antisexistischen Aktionen gab es dann am Abend noch eine bis tief in die Nacht dauernde Party der Queer-Kafes, die einen insgesamt gelungenen Tag würdig abrundete.

#### **Als erstes Fazit lässt sich festhalten:**

Die Proteste gegen die fundamentalistisch-reaktionären “Lebensschützer“ können als Erfolg gewertet werden. Aktionen im Vorfeld, wie das Entglasen des “Lebenszentrums“ und die Spontanparty vor der Kirche so wie die allgemeine Ankündigung von Gegenprotesten hatten bereits dafür gesorgt, dass die “Lebensschützer“ darüber nachgedacht hatten, den Marsch komplett abzusagen.

Da sie dies nicht taten, gab es die entsprechende Reaktion darauf, und sie war laut, bunt, entschlossen und kreativ. Geradezu absurd mutet die Begründung an, den Terz trotzdem durchzuziehen, verglichen doch die “Lebensschützer“ ihren “Weg“ mit Jesu “Kreuzweg nach Golgata“.

Ein zentraler Erfolg ist sicherlich auch die Verhinderung der Kreuzausgabe als eigentlich zentrales Element dieser Märsche. Nach den Aktionen in Salzburg, Berlin und München, die auch begleitet wurden von vielfältigen Informationsveranstaltungen, wie z.B. zwei gut besuchten Vorträgen in München, lässt sich festhalten, dass mit den reaktionären Kreisen der “Lebensschützer“ ein weiteres wichtiges Thema auf die Agenda insbesondere der radikalen Linken gesetzt werden konnte. Auch dass das Thema “Schwangerschaftsabbruch“ und “Recht am eigenen Körper“ und in der Linken wieder intensiver diskutiert wird, ist ein Erfolg.

Für München kommt dazu auch noch die Neugründung des “Antisexistischen Aktionsbündnisses“ (asab\_m), das die dortige Szene hoffentlich auf lange Zeit bereichern wird.

Und am Ende lässt sich auch festhalten, dass die reaktionär-christlichen Fundis ab jetzt nicht mehr so ungestört wie bisher ihrem Treiben nachgehen können. Dass sich in keinster Weise von den mitmarschierenden Nazis distanziert wurde, ist bezeichnend für die Ideologie der “Lebensschützer“ und noch ein weiterer Grund, regelmäßig gegen diese Kreise vor zu ge-

hen. Mit Gegenaktionen werden sie in Zukunft immer rechnen müssen.

<http://de.indymedia.org/2008>

### **Schutzzone.at Unterschriftenaktion in Österreich**

Seit mehr als 30 Jahren haben Frauen in Österreich endlich die Freiheit, sich legal für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden – zumindest theoretisch:

Die Fristenlösung stellt den Schwangerschaftsabbruch in den ersten 3 Monaten straffrei. Faktisch wird diese Freiheit mehrfach eingeschränkt: Der Zugang zu Mitteln und Einrichtungen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle ist nach wie vor eine Frage des Einkommens – Mittel zur Empfängnisverhütung sind teuer, Schwangerschaftsabbrüche kosten von 400 Euro aufwärts, wenn es überhaupt Ambulatorien oder ÄrztInnen in Reichweite gibt.

Vor den Ambulatorien stehen militante AktivistInnen, die die Durchführung legaler Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern versuchen durch Zutrittsbehinderungen, Einschüchterungen, Ausübung von psychologischen oder moralischen Druck auf Frauen und Klinikpersonal.

#### **Es ist höchste Zeit!!**

Die Unterzeichnerinnen der Unterschriftenaktion fordern:

- Einführung von Schutz zonen vor Einrichtungen, die legale Schwangerschaftsabbrüche durchführen
- Verankerung eines Selbstbestimmungsrechts der Frauen über ihre Gebärfähigkeit in der Bundesverfassung
- Freier Zugang zu Mitteln und Einrichtungen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle sowie Kostenübernahme durch die öffentliche Hand.
- Herausnahme des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch!

*Die Unterschriftenliste kann heruntergeladen werden von [www.schutzzone.at](http://www.schutzzone.at)*

<h2><b>Glosse von Luise F. Pusch</b></h2>
---

### **Der Mann als Sicherheitsrisiko**

Es geht - ausgelöst durch den Frauen- und Mädchenmord in Winnenden - um Antworten auf häufige Fragen und Vorwürfe in der Debatte um die epidemische Gewalt von Männern gegen Frauen, die immer brutaler wird. Wer oder was ist schuld? Was können wir tun?

... (Wir) brauchen ... für Argumentationszwecke oft schnell eine kurze, überzeugende Antwort. Dafür sind diese Vorschläge gedacht.

“Es gibt doch so viele Männer, die jede Gewalt ablehnen. Die stoßt Ihr mit eurer ungerechten, pauschalen Anklage nur vor den Kopf. Das Problem der Männergewalt können Frauen nur mit Männern gemeinsam lösen. Versöhnen statt spalten!”

Ein Plädoyer für mehr Ausgewogenheit!

Talkshows lieben Ausgewogenheit: Wird die evangelische Kirche eingeladen, so auch die katholische, gerne auch ein Jude, neuerdings immer öfter auch ein Muslim. Wird die CDU eingeladen, so auch Vertreter der anderen Parteien. Frauen? Fehlangezeige. Dass Frauen meist fehlen, von Ausgewogenheit also keine Rede sein kann, fällt den Organisatoren und den meisten ZuschauerInnen in unserer ausgewogenen Herrenkultur oft nicht einmal auf.

Dieser Punkt ist entscheidend für die zwei Ansichten unseres Problems. Die einen sehen da etwas, was für die anderen so normal ist, dass es ihnen nicht auffällt. Werden sie darauf hingewiesen, sagen sie gern: “Nun sei doch nicht so verbissen!” Oder: “Versöhnen statt spalten!”

Nicht so üblich ist es, wegen der Ausgewogenheit zusammen mit Schwulen auch Neonazis zur Talkshow einzuladen. Dass Schwule nicht mit Neonazis über ihr Existenzrecht diskutieren wollen, können wir ihnen kaum verdenken. Die Aufforderung “Versöhnen statt spalten!” ist hier unangebracht. Mit einem Gegner, der meine Vernichtung propagiert, gibt es keine Versöhnung.

Wir sehen, “Ausgewogenheit” gilt nur unter der Annahme eines übergeordneten verbindenden Wertekonsenses. Die Vertreter der Kirchen und Parteien, so hoffen wir, treten nicht nur alle tapfer für die Menschenrechte ein, sondern bestellen sich nach der Talkshow auch keine Zwangsprostituierte ins Hotel...

Diejenigen, die in der Debatte um die Männergewalt gegen Frauen für mehr Ausge-

wogenheit plädieren, sehen beide Parteien unter demselben Wertekonsens. Für sie sind die Täter immer "die anderen", irgendwelche wildgewordenen Elemente, die gemeinsam in Schach gehalten werden müssen. Diejenigen, die die Diskussion aufkündigen bzw. ablehnen, sehen keine gemeinsame Basis mehr, sie denken z.B. eher an die täglich 1,2 Millionen Bordellbesuche "stinknormaler" deutscher Männer. Für sie sind zudem alle Männer, ob sie es wollen oder nicht, Teil des verantwortlichen Tätersystems. Ähnlich wie der gesamte Adel in der französischen Revolution als Unterdrücker angeklagt war, obwohl er für seine adlige Geburt nichts konnte und die einzelne Adlige vielleicht sogar zeitlebens segensreich gewirkt hatte.

Für beide Positionen gibt es gute Gründe, und ich denke, wir brauchen auch beide, um voranzukommen. Ein Politiker wie Obama braucht die zornige und kompromisslose Basis, um in der Rassenpolitik voranzukommen und wichtige Forderungen mit ihrer Rückendeckung durchsetzen zu können. Wäre Obama aber von vornherein zornig und kompromisslos, "spaltend statt versöhnlich" aufgetreten, wäre er nicht Präsident geworden. Auch Hillary Clinton hat während des Wahlkampfs selten über Frauenrechte geredet, um für Männer wählbar zu bleiben.

Während der Nazizeit gab es nur im Ausland Konsens über die Naziverbrechen. In Nazideutschland wurden diejenigen, die die Verbrechen der Nazis als solche bezeichneten, geköpft.

Was nun die Männerherrschaft betrifft, so gibt es leider kein "Ausland". Es gibt nur "inländische" Widerstandskämpferinnen, wenige - und noch viel weniger Widerstandskämpfer. Sie leben gefährlich. Daher ist die Forderung an Männer nach Widerstand gegen die Gewaltverbrechen ihrer Geschlechtsgenossen nicht einmal unter Frauen weit verbreitet.

Es stimmt - es gibt Männer, die jede Gewalt ablehnen. Dabei ist allerdings fraglich, ob sie einen "harmlosen Bordellbesuch" überhaupt als Gewalt einordnen. Und wenn sie angesichts der Klagen von Frauen beleidigt reagieren, haben sie noch nicht viel begriffen. Denn, wie die große Schweizer feministische Theoretikerin Iris von Roten schon 1958 (sinngemäß) feststellte: "Jeder

Mann ist Mitglied des herrschenden Kollektivs - ob er will oder nicht."

Mit anderen Worten: Es herrscht hier strukturelle Männergewalt, und sie wird von vielen Männern als Aufforderung gesehen, ihr Herrenrecht auszuüben, sei es zu Hause, im Bordell oder im Beruf.

Was ich von einem "gewaltfreien" Mann erwarte, ist aktives Engagement gegen Männergewalt, also Widerstand. Männer, die sich "nur" passiv verhalten oder gar auf Proteste der Frauen beleidigt reagieren, sind bestenfalls "Mitläufer". Mit so einem würde ich zwar (ungern) auf einer Talkshow oder in meinem Blog reden, aber privat nur, wenn es sich gar nicht vermeiden lässt.

*Luise F. Pusch am 19.04.2009*

## Netzwerke/Aktionen Resolutionen

### **Protest gegen Plan zur Streichung der Frauenhausfinanzierung in Sachsen-Anhalt**

Der LAG der Frauenhäuser Sachsen-Anhalt, LAG der Frauenzentren Sachsen-Anhalt zur Rücknahme der vorgesehenen Streichungen der Landesmittel im Bereich Frauenförderung

Die Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser und Frauenzentren Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf, die Vorschläge des Finanzministers zur Konsolidierung des Landeshaushaltes zur Förderung von Frauenhäusern, Frauenzentren, Interventionsstellen, Beratungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt und bestehenden Frauennetzwerken zurück zu nehmen.

Für die Projekte würden die Kürzungen um über 78 % das Aus bedeuten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch zukünftig ausreichend Finanzmittel für bedarfsgerechte und flächendeckende Angebote für Frauen und Kinder zur Verfügung zu stellen und die Zuschüsse mindestens im derzeitigen Umfang abzusichern.

Begründung:

Das Land Sachsen-Anhalt fördert derzeit 36 Frauenprojekte, darunter Antigewaltprojekte, Beratungsstellen und Frauenzentren.

Der Landeshaushalt stellt hierfür weniger als 0,02 % zur Verfügung.

Die aktuell vorgesehenen Kürzungen zur Konsolidierung des Haushaltes bis 2011 um 1,8 Mio € in diesem Bereich erzeugen einen wesentlich größeren gesellschaftlichen Schaden, als der angeblich zu erwartende finanzielle Nutzen.

Das ist eine kurzsichtige und zynische Politik insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen sind. Es entstehen zwangsläufig erhöhte Folgekosten, die aus Steuergeldern finanziert werden müssen.

Werden diese Kürzungsabsichten Realität, ist jedoch sicher, dass es für jährlich:

- ca. 750 von Gewalt betroffene Frauen mit ihren Kindern keine Zufluchtsmöglichkeit in den 20 noch bestehenden Frauenhäusern geben wird,
- über 400 Opfer von sexualisierter Gewalt nicht mehr beraten werden können,
- fast 1.500 Frauen und Männer als Opfer häuslicher Gewalt und Stalking von den vier bestehenden Interventionsstellen keine Unterstützung in Anspruch nehmen können,
- ca. 40.000 Frauen auf bedarfsorientierte politische und kulturelle Bildung in den Frauenzentren verzichten müssen und fachpolitische Frauennetzwerkarbeit zukünftig am heimischen Herd stattfindet.

Durch die Streichung von 1,8 Mio € werden in den Frauenprojekten über 80 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet - kein Vergleich zum Subventionsaufwand in anderen Arbeitsmarkt Bereichen.

Diese Absichten demonstrieren Willkür und Verachtung.

Die Strategie zur Haushaltsplanung sieht vor, dass das Ressort mit dem geringsten Budget am meisten gekürzt wird.

Ist das Ihr politischer Wille und das Ihrer Parteien für die Zukunft unseres Landes?

Wenn strukturelle Hilfsangebote wegfallen, dann braucht eine Regierung auch keine „Carepakete“ an Ausgewanderte zu verschicken und Programme ins Leben rufen, die familienfreundliche Unternehmen auszeichnen! Die eigene Politik würde diese Auditierung nie erhalten.

Wer Geschlechtergerechtigkeit heute nicht entschieden unterstützt, verstößt wissent-

lich gegen das Grundgesetz und blockiert gesellschaftliche Entwicklungsprozesse!

*Bitterfeld-Wolfen, den 12.06.2009*

### **Offener Brief der Frauenhäuser an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt:**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Wir fordern Sie als Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt auf, den eingeschlagenen Sparkurs von Finanzminister Bullerjahn zu Lasten von Frauenhäusern, Frauenzentren, Beratungsstellen für Frauen und bestehenden Frauennetzwerken nicht zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass die gemachten Vorschläge umgehend zurückgenommen werden.

Die geplanten Mittelkürzungen werden zwangsläufig den Zusammenbruch vieler Frauenunterstützungseinrichtungen in Ihrem Bundesland zur Folge haben.

Dies bedeutet für von Gewalt betroffene Frauen mit ihren Kindern, den unmittelbaren Entzug von notwendiger Hilfe und Unterstützung. Gleichzeitig bedeutet dies einen unverantwortlichen Rückzug aus der politischen Verantwortung und aus diesem gesellschaftlichen Problembereich.

Die Ausübung von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt stellt eine schwerwiegende Menschenrechts- und Grundrechtsverletzung dar. Die Politik trägt die politische und finanzielle Verantwortung entsprechende Zufluchts- und Unterstützungseinrichtungen zu finanzieren, damit den betroffenen Frauen mit ihren Kindern Hilfsmöglichkeiten offen stehen.

Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind hierbei zentrale und unverzichtbare Bestandteile des Unterstützungssystems für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind.

Der Europarat legt seinen Mitgliedsstaaten den weiteren Ausbau von Frauenhausplätzen nahe und empfiehlt als Bemessungsgrundlage 1 Schutzplatz pro 7500 EinwohnerInnen.

Derzeit prüft die Bundesregierung die Möglichkeiten einer bundesweit einheitlichen Finanzierung der Frauenhäuser, um die Finanzierung endlich auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Das Komitee zur Überwachung des UN-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) hat in seinem

jüngsten Bericht eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gefordert, um tatsächlich sicherzustellen, dass in ganz Deutschland eine ausreichende Anzahl von Frauenhäusern vorhanden ist. Die Finanzierung muss sichergestellt werden und allen von Gewalt betroffenen Frauen mit ihren Kindern muss unabhängig von ihren finanziellen Mitteln und Möglichkeiten die Wahl in ein Frauenhaus zu flüchten offen stehen, so das Komitee. All diese Bemühungen, Forderungen und Empfehlungen die Situation von Frauen zu verbessern, werden durch die Sparpläne Ihres Ministers missachtet.

Wir möchten Sie deshalb noch mal eindringlich bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Unterstützungseinrichtungen für Frauen auch in Ihrem Bundesland ausreichend finanziert werden, damit von Gewalt betroffene Frauen mit ihren Kindern schnell und unbürokratisch Schutz, Sicherheit und Unterstützung finden können.

Mit freundlichen Grüßen

Eva-K. Hack, Christina Aman

### **Zuflucht oft nur gegen Bares**

Verbände fordern bundesweit einheitliche Regelungen für Finanzierung von Frauenhäusern – bislang vergeblich  
*Eva-Hack/Chris Aman*

Nicht nur auf nationaler Ebene wird die unsichere Finanzierung von Frauenhäusern kritisiert. Das CEDAW-Komitee (Committee on the Elimination of Discrimination against Women) der Vereinten Nationen (UN) hat kürzlich in einem aktuellen Bericht die Bundesregierung aufgefordert, die Finanzierung der Frauenhäuser angemessen sicherzustellen. Sie müssten für alle Bedürftigen zugänglich sein, ungeachtet ihrer finanziellen Situation. Auch müsse die Aufnahme von Frauen mit Behinderungen gewährleistet sein.

Der Hintergrund: 33 Jahre nach Eröffnung der ersten Frauenhäuser in Berlin und Köln gibt es noch immer keine bundesweit verbindlichen Regelungen für den effizienten Schutz von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern sowie die ausreichende und dauerhafte Finanzierung der Einrichtungen. In vielen Frauenhäusern in Deutschland hat sich die finanzielle Situation in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Zus-

chüsse, die Kommunen und Länder gewähren, wurden in einzelnen Bundesländern stark gekürzt oder/und auf die vielfach kritisierte Form der sogenannten Tagesatzfinanzierung umgestellt. In deren Rahmen müssen die Betroffenen häufig individuell für ihren Frauenhausaufenthalt und die dort geleistete Unterstützung und Beratung aufkommen und im Falle mangelnden Vermögens oder Einkommens die Übernahme der Kosten beantragen.

Etliche Häuser mussten wegen ausbleibender öffentlicher Finanzierung bereits schließen. Auch Entlassungen und damit verbunden der Abbau von Zufluchtsplätzen waren die Folge in vielen überregional tätigen Einrichtungen. Insgesamt reduzierte sich deren Zahl in Deutschland von rund 400 Anfang 2000 auf heute 360.

Die Finanzierung der Häuser ist bislang keine Pflichtaufgabe von Ländern und Kommunen. Sie zählt häufig zu den sogenannten freiwilligen Leistungen und ist damit von heute auf morgen widerrufbar.

Ein dringender Handlungsbedarf von seiten des Gesetzgebers besteht auch in Bezug auf Frauen im Asylverfahren, die der sogenannten Residenzpflicht unterliegen und deshalb ihren Landkreis nicht verlassen dürfen. Die Aufnahme solcher Frauen und ihrer Kinder in Frauenhäusern scheitert häufig daran, dass die Kommunen keine Einigung über die Kostenübernahme erzielen können.

Nicht nur die finanziellen Kürzungen machen den Frauenhäusern zu schaffen. In den letzten Jahren verschärfte sich der Druck durch immer neue Aufgaben, die von immer weniger Einrichtungen mit immer weniger Mitarbeiterinnen übernommen werden mussten, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. So wird unter anderem wertvolle Arbeitszeit durch die Anforderungen eines immer zeitaufwendigeren Dokumentations-, Berichts- und Abrechnungswesens gebunden. Die wenigsten Zufluchtsorte erhalten eine pauschale Finanzierung, wie sie von der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren gefordert wird.

*Eva-Hack und Chris Aman sind für die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) tätig. Kontakt: Telefon 0561/8203030, zif-frauen@gmx.de*

*Unterschriftenliste für den Erhalt des Opferschutzes bei häuslicher sowie sexueller Gewalt und Stalking in Sachsen-Anhalt auf [www.zif.de](http://www.zif.de)*

In der Ministerrunde am 9. Juni 2009 legte der Finanzminister Jens Bullerjahn konkrete Kürzungsvorschläge vor. Der avisierte Sparkurs bedeutet vor allem für Frauen schmerzhaftes Einschnitte. Setzt der Minister seine Pläne um, stünden Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt alleine da. Das landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt appelliert deshalb an die Regierung, nicht die Frauenhäuser und Beratungsstellen dem Sparzwang zu opfern.

Wenn die 1,5 Millionen Euro für Frauen wegfallen, stünden in Sachsen-Anhalt folgende Einrichtungen vor dem Aus:

20 Frauenhäuser (2008 lebten dort 714 Betroffene),

4 Interventionsstellen (Sie beraten Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking – 2008 nahmen das 1352 Menschen in Anspruch),  
4 Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt (2008 waren 421 Frauen und Kinder dort) und

7 Frauenzentren (im Jahr 2008 empfingen sie fast 40.000 Besucher)

Die Folge: Betroffene müssen sich selbst vor Übergriffen schützen und alleine einen Weg aus der Gewaltbeziehung finden. Das ist in einem Geflecht von Ängsten und Abhängigkeiten für die Frauen nicht nur schwer, sondern gefährlich. Aufgrund des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt sollen doch gerade Frauen im Land gehalten und nicht vertrieben werden

Die Unterschriftenliste unter [www.zif.de](http://www.zif.de) herunterladen.

### **Kein Einzelfall: Die versuchten Kinderdermorde in Twistetal-Berndorf (Waldeck-Frankenberg)**

Am 05. April 2009 versuchte im nahegelegenen Twistetal-Berndorf (Waldeck-Frankenberg) ein getrenntlebender Ehemann bei einem Besuchskontakt seine drei Kinder umzubringen. Er verletzte sie lebensgefährlich und ging erst viele Stunden nach diesem brutalen Übergriff zur Polizei, um sich zu stellen. Die Kinder haben zwar überlebt, sind aber seelisch und körperlich für ihr weiteres Leben traumatisiert! Als Motiv gab der Täter seine Perspektivlosigkeit

an und die Angst, das Sorgerecht für die Kinder zu verlieren.

Ob der Rachegedanke an die wieder in einer Partnerschaft lebende Ex-Frau dabei möglicherweise das ausschlaggebende Motiv war, bleibt auch in diesem Fall pure und doch sehr naheliegende Spekulation.

Derartige brutale Anschläge und Übergriffe auf Frauen und Kinder in Trennungsphasen und bei Ausübung des Umgangsrechts sind in Deutschland alles andere als Einzelfälle. Immer wieder werden Frauen und Kinder bei richterlich angeordneten Besuchs-Kontakten oder in der Trennungszeit umgebracht. Immer wieder haben in den vergangenen Jahren Frauenhäuser, PädagogInnen, PsychologInnen, Frauenprojekte auf das hohe Gefährdungspotential hingewiesen und die unmittelbare Aussetzung des Umgangsrechts für gewalttätige Männer gefordert, um Kinder und Frauen besser zu schützen und ihnen ein angstfreies Leben zu ermöglichen. Selbst wenn die Kinder sich gegen die Besuchskontakte sperren und sie auf gar keinen Fall wahrnehmen wollen, werden sie häufig in die Kontakte gezwungen. Von den Müttern wird richterlich verlangt, dass sie diesen Prozess aktiv unterstützen und die Kinder ermuntern zum gewalttätigen Vater zu gehen.

Sowohl Richterinnen und Richter als auch MitarbeiterInnen in Jugendämtern schätzen die Gefahr häufig völlig falsch ein, sind geblendet vom korrekten Auftreten des Täters und dem verzweifelten Verhalten der Mütter und stellen das Recht des biologischen Vaters auf den Umgang mit seinem Kind vor dem Schutz der Mutter und der Kinder vor Gewalt. Trotz aller Bemühungen der Unterstützungseinrichtungen, die Frauen und Kinder vor den Tätern zu schützen, kommt es häufig zu Gewalttaten in den Trennungsphasen und bei Umgangskontakten, die immer wieder auch mit dem Tod der Mütter oder Kinder enden.

So tötete am 23. Februar 2009 ein Mann in Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein) seine Frau und anschließend seine beiden Kinder.

Im März ereignete sich in Hornsen bei Lamspringe (Niedersachsen) ein so genanntes „tödliches Familiendrama“, bei dem ein 40-jähriger seine Frau, die beiden gemeinsamen Kinder und letztlich sich selbst erschossen hat. Zudem wurden wei-

tere Kinder und Jugendliche zum Teil schwer verletzt. Der Beweggrund des Täters: Eifersucht.

Am 08. April erschoss ein „Familienvater“ im oberfränkischen Speichersdorf seine Frau und anschließend sich selbst. Die bei der Attacke anwesenden Kinder sind körperlich zwar unversehrt, doch welche Folgen die Tat auf die seelische Verfassung und das weitere Leben der Kinder haben wird, lässt sich nicht annähernd erfassen... Im vergangenen Jahr hat das Autonome Frauenhaus Kassel e.V. über 500 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt, die uns in unserem Anliegen unterstützt haben, das Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Männer auszusetzen. Im Dezember 2008 wurde diese Unterschriften offiziell an den Kasseler Oberbürgermeister Hilgen, Dr. Löffler (Präsident des Amtsgerichts Kassel), H. Becker (Leitender Oberstaatsanwalt beim Landgericht), sowie an S. Zinke (Geschäftsführerin des Präventionsrats) übergeben.

Die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) veranstaltete im Januar 2008 in Kooperation mit Kofra e.V. München und der Fachhochschule in Frankfurt a.M. einen Kongress mit dem Titel „Kinderschutz und Kindeswohl im Sorge- und Umgangsrecht“. Die TeilnehmerInnen und ReferentInnen forderte die Politik auf, eine verbindliche Gesetzeslage zu schaffen, bei der der Schutz von Frauen und Kindern vor weiterer Gewalt absolute Priorität haben muss und gewalttätige Männer tatsächlich und strafrechtlich in die Verantwortung für die Taten genommen werden. Im September 2009 wird ein neues Gesetz (FGG-Reform-Gesetz) in Kraft treten, in das zwar einige der Forderungen des Kongresses aufgenommen wurden, jedoch nur als KANN-Vorschrift. Das bedeutet, dass die letzte Entscheidung bei den Richterinnen und Richtern liegt.. Familiendrama oder (versuchter) Frauen-/Kindermord? –

Zu den Begrifflichkeiten:

Die brutalen Übergriffe und Morde an Frauen und Kinder, die nahezu täglich in der Presse unter der Rubrik „Bunt gemischtes“ oder „Menschen“ zu finden sind, werden durchgängig als „Familiendramen“, „Eifersuchtstragödien“ und „Verzweiflungstaten“- bezeichnet. Sie scheinen fast natur-

ereignisähnlich und damit nahezu unvermeidlich und ohne Zutun der Täter über die Familien hereinzubrechen. So gut wie nie werden solche Taten in den Zeitungsmeldungen als Frauen- und/oder Kindermorde benannt, so gut wie nie werden die Täter als Mörder erkannt. Eine solche Praxis ist eine skandalöse und die Opfer verhöhnende Umschreibung, die die Täter schützt und für ihr brutales Verhalten Verständnis hervorruft. Sie ist in den Medien akzeptierter denn je. Den Tätern gilt das ganze Mitgefühl: Im Zentrum steht ihre Angst, ihre Verzweiflung, ihre Perspektivlosigkeit. Doch in der Regel sind diese Taten häufig (versuchte) Rache- oder Ehrenmorde, oftmals hervorgerufen durch Eifersucht, gekränkte Eitelkeit und dem Entschluss der Frau, sich endgültig aus der Beziehung zu lösen und unabhängig zu leben.

Die Richterinnen und Richter müssen in Fällen von Häuslicher Gewalt besonders gewaltsensible Urteile fällen, um den Frauen und Kindern derartig gefährliche Umgangskontakte zu ersparen.

Der Umgang muss ganz klar ausgesetzt werden! Wie geht's weiter?

Gemeinsam mit „Terre des Femmes“ hat die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) am 20. April 2009 Justizministerin Brigitte Zypries tausende Unterschriften überreicht, in denen kollektiv gefordert wird:

„Kein Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Männer!“

Kontakt und V.i.S.d.P.: Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF), Kassel- zif-frauen@gmx.de, Tel. 0561-820 30 30 – Frauenhaus Kassel e. V., Postfach 101103, 34011 Kassel, Tel. 0561-89 88 89, frauenhaus-kassel@web.de

### **Bundesagentur für Arbeit setzt sich über bürgerliche Grundrechte hinweg.**

BA erlaubt nun Observationen und "nachrichtendienstliche" Ermittlungen bei Hartz IV

Die Bundesagentur für Arbeit gestattet jetzt ihren Mitarbeitern bzw. beauftragten dritten Stellen ausdrücklich die Observation von Hartz IV-Beziehern. Dazu reicht nach Ansicht der beiden Erwerbsloseninitiativen „Erwerbslosen Forum Deutschland“ und „gegen-hartz.de“ eine bloße anonyme An-

zeige eines gehässigen Nachbarn aus, um die „nachrichtendienstliche“ Ermittlungen in Gang zu setzen. Mit ihrer am 20. Mai herausgegebenen internen Weisung an alle Jobcenter würde die BA sich Kompetenzen anmaßen, die selbst Strafermittlungsbehörden nicht besitzen, so die beiden Initiativen. „Wir fordern die Bundesregierung auf die Bundesagentur für Arbeit sofort in ihre Schranken zu verweisen und den behördlichen Wahnsinn sofort zu stoppen. Zudem lassen wir im Moment rechtliche Schritte gegen diese Methoden, die an die „Stasi“ erinnern prüfen, sagte Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland.

Unter dem Punkt Rz 6.11 der BA Weisungen für Arge Außenmitarbeiter werden "Observationen", also eine heimliche Beschattung von Hartz IV Betroffenen bei "Verdacht auf einen besonders schwerwiegenden Leistungsmissbrauch" ausdrücklich zugelassen. In der Realität bedeutet dies, eine einfache anonyme Anzeige durch einen Nachbarn reicht, um umfangreiche Observationen durch Arge Außenmitarbeiter zu veranlassen. Dabei reicht allein schon der Verdacht aus, um Erwerbslosen hinterher zu spionieren. Selbst Strafermittlungsbehörden benötigen einen Gerichtsbeschluss, um umfangreiche Observationen an Bürgern zu veranlassen.

"Die Anweisungen lesen sich wie eine Anleitung für nachrichtendienstliche Ermittler und erinnern sehr stark an die Ausspähung von Bürgern der DDR durch die Stasi" entzückt sich Sebastian Bertram, von der Initiative „gegen-hartz.de“.

Bei den Untersuchungen durch Arge Außendienstmitarbeiter werden Zeugenbefragungen, Hausbesuche und Beschattungen des Leistungsbeziehers vorgenommen. Fraglich ist in diesem Zusammenhang die Beweiskraft derartig "erschnüffelter" Informationen und Fotos vor Gericht. Denn die Anfertigung von Fotos durch die Arge ist laut §201a des StGB aufgrund des "Rechts am eigenen Bild" nicht nur unzulässig, sondern sogar eine Straftat.

Von der "Beugung des Grundrechts" kann auch bei den Hausbesuchen gesprochen werden. Sogenannte Hausbesuche werden von Arge Außendienstmitarbeiter am häu-

figsten durchgeführt. Dabei werden auch Schränke durchwühlt und intime Fragen gestellt. In den BA Anweisungen Punkt Rz 6.22 wird zwar darauf hingewiesen, dass bei einer Verweigerung des Zutritts keine Leistungskürzung vorgenommen werden, aber dem Betroffenen trotzdem wegen "nicht möglicher Sachverhaltsaufklärung" die Leistungen ablehnt werden darf. So wird durch Androhung der Streichung der Existenzgrundlage der Eintritt in die Wohnung des Betroffenen erpresst.

Das Bürgerliche Gesetzbuch und das Grundgesetz sollten alle Bürger vor den Eingriffen des Staates in die Privatsphäre schützen. Nur die Bundesagentur für Arbeit scheint das Grundrecht für SGB II Leistungsbezieher außer Kraft setzen zu wollen.

Erwerbslosengruppen fordern von der Bundesagentur für Arbeit die sofortige Überarbeitung der BA Anweisungen und ein Zurückkehren zur Rechtsstaatlichkeit.

Gemeinsame Presseerklärung: „gegen-hartz.de“ (Hannover) und dem Erwerbslosen

Forum Deutschland (Bonn) vom 02.06.2009. Weitere Recherche:

<http://www.gegen-hartz.de/>

<http://www.erwerbslosenforum.de>

### **Weitere Umverteilung von Arm zu Reich zerstört sozialen Frieden**

Attac warnt vor "Liste der Grausamkeiten" nach der Bundestagswahl

Anlässlich der mit dem Haushaltsentwurf 2010 im Bundeskabinett beschlossenen Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 86,1 Milliarden Euro hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac gefordert, endlich eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen einzuführen. "Das Problem ist nicht die Höhe der Neuverschuldung. Die USA und andere Länder verschulden sich weit höher. Verheerend sind die absehbaren sozialen Konsequenzen, über die die Politiker jedoch erst nach der Bundestagswahl öffentlich sprechen werden", sagte Detlev von Larcher vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.

Derzeit strebt die Bundesregierung angeblich noch Entlastungen für private Haushalte in Höhe von 20 Milliarden Euro an; CSU

und FDP versprechen gar starke Steuer-senkungen. "Doch nach der Wahl werden sie über die Schuldenbremse sprechen, die sie ins Grundgesetz geschrieben haben. Dann werden sie uns erklären, dass für notwendige soziale Aufgaben, für Bildung und Umweltschutz das Geld fehlt und dras-tische Einsparungen auf Kosten der Emp-fänger von Sozialleistungen und einen rigo-rosen Stellenabbau im öffentlichen Dienst als unvermeidlich hinstellen", prognostizier-te Detlev von Larcher. Der Präsident des Deutschen Institutes für Wirtschaftsfor-schung (DIW), Klaus Zimmermann, propa-giert bereits eine Erhöhung der Mehrwert-steuer auf 25 Prozent.

Als Ursachen für die hohe Neuverschul-dung nennt Steinbrück das Bankenret-tungspaket und die Ausgaben zur Stützung der Konjunktur. "Zusammen mit der Schuldenbremse wird damit klar: Für die Kosten der Krise aufkommen sollen Arbeitnehme-rinnen, Konsumenten und alle, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind - nicht etwa diejenigen, die vor der Krise hohe Gewinne an den liberalisierten Finanzmärkten gemacht haben", stellte Hendrik Auhagen, ebenfalls Mitglied im Attac-Koordinierungskreis fest. Dabei sei die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland bereits heute größer als im Mittelalter.

"Es gibt kein Naturgesetz, das vorgibt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Es ist eine Frage des politischen Willens, endlich diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die bisher vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus massiv profitiert haben", betonte Hendrik Auhagen. Geschehe dies nicht, werde jeg-licher gesellschaftliche Gestaltungsspiel-raum gefährdet und der soziale Frieden dauerhaft zerstört.

*Frankfurt am Main, 24. Juni 2009*

### **AGG schützt nur bedingt vor Diskriminierung**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes erkennt die aktuelle Situation Diskriminier-ter: Gegen Geschlechtsdiskriminierung und andere Arten gruppenbezogener Diskrimi-nierung muss durch ein verbessertes All-gemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützt werden

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes behauptet in ihrer Pressemitteilung vom 2. April 2009, ihre neue Sinus-Milieu-Studie ergebe, dass bei Antidiskriminierung kein gesetzlicher Regelungsbedarf bestehe. Der Deutsche Juristinnenbund (djb) stellt hierzu fest: Das geltende Allgemeine Gleichbe-handlungsgesetz (AGG) schützt bislang nur unzureichend vor Diskriminierung. Nicht einmal die geltenden EU-Antidis-kriminierungsrichtlinien sind darin vollstän-dig umgesetzt worden. Individualklagen bieten schon deswegen nur selten einen wirksamen Schutz, weil Diskriminierte wei-terhin Beweisprobleme haben und klare bzw. tatsächlich abschreckende Sanktio-nen fehlen. Auch der UN-Frauen- rechts-ausschuss (CEDAW) hat kürzlich Deutsch-land aufgefordert, durch eine Beweislast-umkehrung den Schutz vor geschlechts-spezifischer Diskriminierung wirksam zu machen.

Die Präsidentin des djb, Rechtsanwältin Jutta Wagner, erklärt: "Frauen werden wei-terhin wegen ihres Geschlechts im Er-werbsleben diskriminiert. Gleichwohl gibt es vor den Arbeitsgerichten nur wenige Klagen. Das AGG bedarf dringend einer Verbesserung. Um wirkungsvoll klagen zu können, brauchen Diskriminierte eine volle Beweislastumkehr sowie abschreckende Sanktionen im Fall einer gerichtlich fest-gestellten Diskriminierung. Der Individual-klage sollte eine Verbandsklage an die Seite gestellt werden. Die Antidiskriminie-rungsstelle des Bundes verfehlt ihre Auf-gabe, wenn sie sich gegen einen Diskrimi-nierungsschutz durch Gesetz ausspricht."

So beträgt die Entgelt Differenz zwischen Frauen und Männern in Deutschland immer noch 23 Prozent, Tendenz sogar steigend. Der Frauenanteil an Führungskräften liegt bei nur 11 Prozent. In den 100 umsatz-stärksten Unternehmen Deutschlands mit Aufsichtsräten nehmen Frauen sogar nur 7,5 Prozent aller Sitze in diesen Aufsichtsräten ein, zumeist als Arbeitnehmervertre-terinnen, weil dies für die Arbeitnehmersei-te gesetzlich vorgegeben ist, jedoch nicht für die Seite der Anteilseigner. Neben einer Verbesserung des AGG sollten daher auch Frauenquoten für Aufsichtsräte eingeführt werden, wie dies in Norwegen schon mit großem Erfolg praktiziert wird.

Pressemitteilung des Deutschen  
Juristinnenbund e.V., Berlin, 6. April 2009.

## Themen

### **Sexistische Witze fördern Gewaltmechanismen**

Studienergebnisse zeigen, dass Probanden Gewalt gegen Frauen weitaus eher rechtfertigen, wenn sie erniedrigende Witze gehört haben.

Granada/Erlangen - Sexistische Frauenwitze sind nicht harmlos, besagen Ergebnisse einer Studie an der Universität Granada, die im Journal of Interpersonal Violence veröffentlicht worden sind. Im Gegenteil fördern sie gedankliche Mechanismen, die Gewalt gegen Frauen rechtfertigen, berichten die ForscherInnen.

#### Höhere Aggressionstoleranz

Aufschluss darüber gab ein Experiment, in dem männliche Studenten per Zufall entweder eine Serie von Witzen anhörten, die Frauen erniedrigen, oder belanglose Witze ohne sexistischem Inhalt. Unmittelbar darauf wurden die Probanden mit Szenen konfrontiert, bei denen Gewalt gegen Frauen in unterschiedlichem Schweregrad ausgeübt wurde. Als man sie befragte, wie sie jeweils reagieren würden, zeigten sich je nach Gruppe Unterschiede: Versuchspersonen, die zuvor frauenfeindliche Witze gehört hatten, tolerierten Aggressionen gegen Frauen weitaus eher als die Vergleichsgruppe.

#### Andere Bewertung kurzfristig

"Indem sexistische Witze auf die Verspottung des anderen Geschlechts hinweisen, machen sie entsprechende Gedächtnisinhalte kurzzeitig besonders verfügbar", erklärt auch die Sozialpsychologin Andrea Abele-Brehm von der Universität Erlangen. Sexistisch seien Witze insofern, als sie Stereotype über das andere Geschlecht übertreiben und es auch lächerlich machen. Traditionelle Geschlechterrollen, die der Realität häufig hinterher hinken, würden damit im Bewusstsein aufrecht erhalten. "Tatsächlich ist es möglich, dass Menschen unmittelbar nachdem sie einen se-

xistischen Witz gehört haben das andere Geschlecht kurzfristig anders bewerten", so die Sozialpsychologin.

Männer erzählen mehr Witze

Der Effekt, den ein sexistischer Witz im Gehirn auslöst, sei eher kurzfristig, so Abele-Brehm. Langfristige Verhaltensänderungen seien erst dann denkbar, wenn man ständig derartigen Information ausgesetzt sei. Dass es mehr sexistische Witze über Frauen als über Männer gibt, sei einfach erklärbar. "Männer erzählen mehr Witze als Frauen, denn sie merken sich Witze in der Regel besser." (pte)

Quelle: *diestandard.at*, 03. Juli 2009

### **Die Versorgungsökonomie.**

#### **«Das Modell des Ernährerlohns ist vollkommen überholt»**

*Interview mit der Schweizer Ökonomin*

**Mascha Madörin**

Wenn man keine Zeit mehr hat für unbezahlte Arbeit, drohen die Verschuldung und die Verarmung. Was die Wirtschaftskrise mit den Frauen anstellt, erläutert die Ökonomin Mascha Madörin.

*WOZ: Mascha Madörin, Sie sind Volkswirtschaftlerin. Kann man feststellen, dass die Krise die Frauen anders trifft als die Männer?*

Mascha Madörin: Ja, sicher. Es gibt sehr viele Untersuchungen von früheren Wirtschaftskrisen in Lateinamerika oder Asien, sie alle haben gezeigt: Letztlich sind es immer vor allem die Frauen als Erwerbstätige und letztlich Verantwortliche für die Familie, die für die Krise zahlen. Dazu gibt es inzwischen eine umfangreiche Forschung, die in der Schweiz völlig ignoriert wird.

*Stimmt dies auch heute? Es werden doch milliardenschwere Konjunkturpakete geschürt, um Jobs zu schaffen.*

Von den osteuropäischen Ländern, die stark von der Krise betroffen sind, hat der Internationale Währungsfonds bereits verlangt, dass sie ihre Sozialausgaben zusammenstreichen. Das trifft Frauen anders als Männer, denn die Frauen sind vor allem in der Erziehung und im Gesundheitswesen tätig. Gleichzeitig sind sie im privaten Bereich letztlich immer noch zuständig für die Betreuung der Kinder und der pflegebedürftigen Erwachsenen.

In Ungarn vielleicht, aber in der Schweiz ...

... auch in der Schweiz: Erst kürzlich hat die Berner Kantonsregierung Budgetkürzungen angekündigt, die vor allem bei Spitälern und im Erziehungswesen ansetzen. Die Konjunkturpakete in der Schweiz wie in der EU setzen auf Infrastrukturprojekte - da wird gebaut, das gibt Jobs für Männer. Tausend US-amerikanische Historiker und Historikerinnen haben in einem offenen Brief an Präsident Barack Obama auf dieses Problem hingewiesen: Der New Deal von Franklin D. Roosevelt hat vor allem zur Schaffung von Arbeitsplätzen für gut ausgebildete männliche weisse Personen geführt. Das war in den dreissiger Jahren ein Fehler und wäre jetzt noch gravierender, da viele Familien vom Erwerbseinkommen von Frauen abhängig seien, wie die Historiker und Historikerinnen schreiben. Das Modell des Ernährerlohnes ist völlig überholt. In den USA sind zurzeit mehr Frauen erwerbstätig als Männer - das hat es vorher noch in keinem kapitalistischen Land gegeben. Möglich, dass die hohe Verschuldung der US-amerikanischen Haushalte sogar damit zu tun hat.

*Können Sie das erklären?*

In den USA sind die Leistungen des Staates für die Kinder- und die Krankenbetreuung sehr schlecht. Arbeiten beide Eltern außer Haus, muss für die Kinderbetreuung viel Geld ausgegeben werden - sofern nicht die Großeltern einspringen. Ist die Familie nicht reich, kann das zur Verschuldung führen. Die Eltern arbeiten immer mehr, um ihr Einkommen aufzubessern, haben deswegen weniger Zeit für die notwendigen unbezahlten Arbeiten wie putzen, kochen, waschen. Deshalb kaufen sie zum Beispiel auch Fertigenüs, was teuer ist.

*Sie behaupten also, die Leute kaufen Fastfood, weil sie zu wenig Zeit haben?*

Genau. Die Bedeutung der unbezahlten Arbeit wird völlig unterschätzt. Ich habe für eine Studie eines Uno-Forschungsinstituts, die im Herbst erscheinen wird, Daten für die Schweiz zusammengetragen. Die Resultate sind frappant: Im Jahr 2004 wurden 7000 Millionen Stunden bezahlte Arbeit geleistet, zusätzlich aber auch noch 8500 Millionen Stunden unbezahlte Arbeit - in Form von Kinderbetreuung, Kochen, Haushalten, Pflege von Alten und Kranken. Allein fürs Kochen - zu Hause meine ich, nicht im Gastgewerbe - wird fast so viel

Arbeitszeit aufgewendet wie in der Industrie und im Baugewerbe zusammen!

*Arme Familien stecken mehr Zeit in bezahlte Arbeit, um über die Runden zu kommen, werden dabei aber eigentlich ärmer, weil sie keine Zeit mehr haben, um für sich selber zu sorgen. Heißt es das?*

Meiner Meinung nach hängt der Lebensstandard tatsächlich auch davon ab, wie viel unbezahlte Arbeit sich ein Haushalt leisten kann. Rund siebzig Prozent der unbezahlten Arbeit wird für erwachsene, arbeitsfähige Personen im gleichen Haushalt geleistet - zu zwei Dritteln von Frauen. Das zeigt, wie wichtig unbezahlte Arbeit für die Wohlfahrt aller ist, diese unbezahlte Arbeit produziert Wohlstand!

Nun könnte man daraus schließen: Eigentlich ist es gut, wenn die Frauen in der Krise keinen Job mehr finden, dann können sie sich endlich wieder der unbezahlten Arbeit zuwenden.

In den USA ist das bereits spürbar. Die Leute kochen wieder selber, Putzfrauen und Nannies - die meist Migrantinnen sind - werden entlassen, weil wieder selber geputzt und die Kinder wieder selber betreut werden. Vergangene Krisen haben gezeigt, dass Frauen durch Mehrarbeit zu Hause versuchen, Geld zu sparen; gleichzeitig sind sie auch bereit, zusätzlich schlechte Jobs anzunehmen, nur um ihre Familie irgendwie über die Runde zu bringen.

*Und bei uns?*

Es wird auch bei uns neben all jenen, die ihren Arbeitsplatz in der Export- und die Finanzindustrie verlieren, vor allem diejenigen treffen, die unter prekären Bedingungen arbeiten und zum Beispiel keinen regulären Vertrag besitzen: Ausländer und Frauen, Personen, die zum Beispiel im Gastgewerbe tätig sind oder im Tourismus - oder eben Putzfrauen. Es ist immer die Frage: Auf wen lassen sich langfristig die Kosten abwälzen?

*Was würden Sie tun, wenn Sie ein Konjunkturpaket schnüren könnten?*

Die soziale Infrastruktur verbessern: Wir brauchen bessere soziale Einrichtungen, nicht nur physische Bauten. Das heißt, wir benötigen mehr Kinderkrippen und Tagestätten, mehr Pflege- und Spitexdienste und mehr Mittel, um die Chancengleichheit in der Bildung zu realisieren. Kurz: Ich würde vor allem in die Care-Ökonomie investieren.

*Care-Ökonomie? Was ist das eigentlich?*

Die Care-Ökonomie beschäftigt sich mit der Frage, wie eine Gesellschaft die Sorge für ihre Mitglieder organisiert - also die alltägliche Versorgung aller. In den gängigen ökonomischen Theorien gibt es diese Fragestellung einfach nicht. Man tut so, als ob es keine unbezahlte Arbeit gäbe und als ob für den Lebensstandard das Gesundheits- und das Erziehungswesen nicht zentral wären. Und so kann auch unsäglicher Blödsinn verbreitet werden, wie zum Beispiel die Rede vom angeblichen «Generationenkonflikt» oder den «explodierenden Gesundheitskosten».

*Stimmt es denn nicht, dass die Jungen für die Alten zahlen?*

Wenn die unbezahlte Arbeit berücksichtigt wird, wirklich nicht! Es sind ältere Menschen, vor allem Frauen, die die Alten pflegen. Und die Alten übernehmen auch einen beachtlichen Teil der Kinderbetreuung. Das lässt sich mit Zahlen belegen. Wenn es eine Ungerechtigkeit gibt, dann ist es nicht eine Generationenungerechtigkeit - dann ist es eine Geschlechterungerechtigkeit: Die Frauen versorgen unbezahlt die Gesellschaft. Im Pflegebereich werden zu Hause fünf- bis achtmal mehr unbezahlte Stunden investiert als von allen bezahlten Hauspflegediensten zusammen. Und für die - auch hier wieder unbezahlte - Betreuung der Kinder wird zehnmal mehr Zeit aufgewendet als für die unbezahlte Betreuung und Pflege von Erwachsenen. Nur um zu zeigen, in welchen Größenordnungen wir uns bewegen.

*Gibt es eine Chance, dass hierzulande mehr Geld in die Care-Ökonomie fließt?*

Die Rettung der UBS wird die Nationalbank noch Milliarden kosten - und das geht zu Lasten des AHV-Ausgleichsfonds und vor allem zu Lasten der Kantone. Diese erhielten bislang jährlich zwei Milliarden Franken aus den Gewinnen der Nationalbank. Die Nationalbank wird wohl in den nächsten Jahren wegen der UBS-Rettung kaum Gewinn ausweisen, also fehlen den Kantonen die zwei Milliarden. Sie werden sparen müssen und das vermutlich kurzsichtig im sozialen Bereich tun. Es braucht noch viel politische Arbeit, um das zu ändern.

*Die Gesundheitskosten steigen und steigen. Halten Sie das nicht für beunruhigend?*

Klar steigen sie, aber das geht nicht anders.

*Wie bitte?*

Die Krankenversicherung ist unsozial organisiert. Im europäischen Vergleich müssen die Leute einen viel zu hohen Anteil der Gesundheitskosten selber tragen. Abgesehen davon, geht es noch um etwas ganz anderes: Die Krankenpflege wie auch das Schreiben eines Artikels lassen sich nicht effizienter machen - und deshalb lassen sich im Gesundheitsbereich wie auch bei den Medien nicht Kosten einsparen, ohne Leistungen abzubauen.

*Können Sie das ausführen?*

Die Industrie hat in den vergangenen Jahrzehnten immer produktiver gewirtschaftet. Ein Arbeiter oder eine Primarschullehrerin muss zum Beispiel heute wesentlich weniger Stunden arbeiten, um ein Auto oder ein Paar Schuhe zu kaufen als noch vor fünfzig Jahren. Maschinen erlauben es, immer schneller, immer mehr und immer billiger zu produzieren. Das geht aber nicht in der Pflege oder bei einer ärztlichen Konsultation. Einen Kranken zu pflegen, braucht seine Zeit, da gibt es keine Möglichkeit für einen Produktivitätsgewinn - deshalb werden diese Leistungen verglichen mit produzierten Gütern immer teurer, es sei denn, die Löhne sinken. Deshalb steigen die Kosten im Gesundheitswesen überproportional. Und in der Politik wird dies schamlos ausgenutzt, um Leistungen zu kürzen und die Leute zu disziplinieren

*Wie ließe sich eine gute Care-Infrastruktur finanzieren?*

Es braucht dafür einen starken Staat, der bereit ist, die soziale Infrastruktur über Steuern zu finanzieren. In den skandinavischen Ländern läuft das so, und sie haben bisher die Globalisierung erfolgreicher gemeistert als andere Staaten.

*Quelle: WOZ*

### **Parlament verabschiedet Berliner Aktionsplan gegen Homophobie**

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 2. April einen Aktionsplan „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ beschlossen. Nach den zahlreichen homosexuellenfeindlichen Vorfällen in den letzten Monaten begrüßt Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Heidi Knake-Werner

diese Initiative und wird sie ab sofort federführend koordinieren.

Sie erklärt: "Wir wollen mit diesem Aktionsplan einen positiven Wandel hin zur Akzeptanz sexueller Vielfalt erwirken, in dem wir gemeinsam in einen kontinuierlichen und gesamtgesellschaftlichen Prozess mit den Verbänden, Vereinen und Institutionen der Migrantinnen und Migranten sowie der Religionsvertreter eintreten."

Im Beschluss heißt es, die Akzeptanz kultureller und sexueller Vielfalt lasse sich nicht verordnen. Deshalb bedürfe es eines engagierten Wirkens aller Mitglieder der Gesellschaft. Das Land Berlin setze sich zum Ziel, die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement für sexuelle Vielfalt zu unterstützen. Damit solle das zivilcouragierte Verhalten bei Übergriffen und Diskriminierungen gefördert werden.

Dieser Aktionsplan sieht unter anderem vor, Bildung und Aufklärung in Schule und Jugendhilfe zu stärken. Außerdem sollen Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpft werden. Die von Berlin unterzeichnete Charta der Vielfalt soll zum integrativen Bestandteil der Verwaltung werden. Weiter wollen die Akteure den Dialog zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie migrantischen Organisationen zur Akzeptanz sexueller Vielfalt fördern. Der Berliner Aktionsplan gegen Homophobie ist eine parteienübergreifende Initiative.

## Nachrichten

### Exzessiver Alkoholkonsum von Mädchen rapide angestiegen

Unter den zehn- bis 15-jährigen Mädchen hat sich die Anzahl derjenigen, die wegen ihres exzessiven Alkoholkonsums in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten, innerhalb der letzten sieben Jahre verdoppelt. Erstmals wurden 2007 mehr Mädchen als Jungen aufgrund einer Alkoholvergiftung stationär behandelt. Das geht aus dem Drogen- und Suchtbericht 2009 der Bundesregierung hervor, der am 6. Mai in Berlin vorgestellt wurde.

Quelle: zwd 266

### Kabinett beschließt Netzsperrn gegen Kinderpornographie

Die Bundesregierung hat am 22.04. 2009 auf Vorlage des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie den Entwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen beschlossen. Es setzt damit die erst kürzlich beschlossenen Eckpunkte um.

Die neuen Regelungen enthalten Änderungsvorschläge zum Telemediengesetz (TMG) und zum Telekommunikationsgesetz (TKG). Sie beschränken sich - wie in den Eckpunkten festgelegt - auf Zugangserschwerungen zu kinderpornographischen Inhalten.

Kinderpornographie ist die Dokumentation von Kindesmissbrauch und der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Hinter jedem Bild und jedem Film steht ein missbrauchtes Kind. Trotz internationaler Anstrengungen zur Täterermittlung und Schließung von Websites bleiben Angebote mit kinderpornographischen Inhalten im Internet abrufbar und nehmen beständig zu. Die polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet seit Jahren einen Anstieg bei der Verbreitung der Kinderpornographie im Netz. So ist allein in Deutschland im Zeitraum von 2006 auf 2007 ein Zuwachs von 111 % zu verzeichnen (2936 auf 6206 Fälle).

Gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgegangen werden. Die Täter müssen weiterhin mit Hochdruck ermittelt und kinderpornographische Seiten geschlossen werden. Das heute im Kabinett beschlossene Gesetz will - im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und seiner Darstellung im Internet - die bestehenden Möglichkeiten wirksam ergänzen.

Wesentliche Inhalte des geplanten Gesetzes sind:

- Auf der Basis von Sperrlisten des Bundeskriminalamts werden alle großen privaten Internetzugangsanbieter verpflichtet, den Zugang zu kinderpornographischen Inhalten im Internet durch geeignete technische Maßnahmen zu erschweren;
- Aus präventiven Gründen wird gegenüber den betroffenen Nutzern über eine sog. Stoppmeldung klargestellt, warum der

Zugang zu einem kinderpornographischen Angebot erschwert wird

- Die Zugangsanbieter haften nur, wenn und soweit sie die Sperrliste des Bundeskriminalamts nicht ordnungsgemäß umsetzen.
- Die anfallenden Daten können für die Strafverfolgung genutzt werden.

Die Bundesregierung weiß, dass mit diesen Regelungen gesetzgeberisches Neuland betreten wird. Sie schlägt deshalb auch vor, dass innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Evaluierung erfolgt. Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen ist unter [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de) abrufbar.  
*presse@bmj.bund.de*

### **Frauenanteil im nächsten EU-Parlament bei knapp 35 Prozent**

Nach den aktualisierten Zahlen zum Ländervergleich beträgt der Frauenanteil im kommenden EU-Parlament voraussichtlich 34,9 Prozent. Die genaue Aufschlüsselung nach Geschlechtern wird allerdings erst bei der konstituierenden Sitzung des neuen EU-Parlaments am 14. Juli in Straßburg feststehen.

*zwd (22.06.2009)*

### **Frauenministerkonferenz: Förderung von Zuwanderinnen**

Die 19. Frauenministerkonferenz (18. und 19. Juni) ...hält unterstützende Maßnahmen für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte beim Übergang Schule/Beruf, zur Förderung der Existenzgründung, im Gesundheitsbereich oder auch im Hinblick auf eine bessere gesellschaftliche Partizipation für sinnvoll und notwendig. "Dies ist nicht nur im Interesse der Frauen selbst, sondern auch in hohem Maße im Interesse unserer Gesellschaft", so der Minister, "immerhin kommt diesen Frauen für das Gelingen der Integration eine Schlüssel-funktion zu."

Die Konferenz war sich einig, dass Gewalt gegen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte noch nachhaltiger bekämpft werden muss. Die Geltung des Grundgesetzes als Basis des Zusammenlebens müsse gerade auch im Hinblick auf Frauenrechte noch mehr als bisher verdeutlicht werden. Unter

anderem wurde ein verbessertes Rückkehrrecht für Opfer von Zwangsverheiraten beschlossen: Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass vor allem junge Frauen, die in den Ferien im Ausland zwangsverheiratet wurden, auch noch nach Ablauf der regelmäßigen Rückkehrfrist von sechs Monaten wieder zurück nach Deutschland kommen können.

### **Frauen fassen immer häufiger in hochqualifizierten Berufen Fuß**

"Frauen und Männern steht heute theoretisch jeder Beruf offen. Von der Baggerfahrerin bis zum Zahnarzt Helfer, von der Bundeskanzlerin bis zum Grundschullehrer. In der Praxis greifen viele jedoch gern auf ein vertrautes Spektrum zurück. So sind manche Berufsfelder nach wie vor entweder stärker von Frauen geprägt oder von Männern. In anderen Feldern brechen die Strukturen auf und Bewegung kommt hinein."

Seit 1994 ist der Anteil der Frauen in den naturwissenschaftlichen Berufen von 20 auf 30 Prozent gestiegen, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in der am Dienstag erschienenen Ausgabe 1/2009 der Zeitschrift IAB-FORUM. »In den naturwissenschaftlichen Fächern fassen Frauen also nicht nur im Studium, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt zunehmend besser Fuß«, stellt das IAB fest.

Frauen sei es in den letzten Jahren immer besser gelungen, in hochqualifizierte Berufe einzusteigen. Die besseren Schul- und Ausbildungsabschlüsse würden zunehmend zu einer besseren Positionierung auf dem Arbeitsmarkt führen. »So kletterte der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in hochqualifizierten Mischberufen wie Zahnärztin, Tierärztin und Geisteswissenschaftlerin um mehr als zehn Prozentpunkte«, schreiben die Autoren der IAB-Studie. Mischberufe haben einen Frauen- bzw. Männeranteil von höchstens 70 Prozent, bei Frauen- oder Männerberufen liegt der Anteil jeweils über 70 Prozent.

In manchen Männerberufen wie Waldarbeiter oder Bauhilfsarbeiter sinkt der ohnehin schon sehr niedrige Frauenanteil weiter. Hier drohe aber keine Benachteiligung von Frauen: »Festhalten lässt sich, dass

Männer ihren Anteil vorwiegend in nicht-akademischen Berufen ausbauen«, so das IAB.

Bemühungen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von jungen Frauen mit Aktionen wie dem Girls' Day seien zu begrüßen. Sie könnten jedoch nur ein erster Schritt sein: »So lange die Arbeitslosigkeitsrisiken von Ingenieurinnen doppelt so hoch sind wie die von Ingenieuren, die Karrierechancen von Männern besser sind als die von Frauen im gleichen Beruf und das Lohnniveau von Frauenberufen deutlich unter dem der Männerberufe liegt, sind wir in einzelnen Berufen noch weit entfernt von einer Gleichberechtigung der Geschlechter«, lautet das Fazit des IAB.

[www.bildungsspiegel.de](http://www.bildungsspiegel.de), 16.0609

### **„Watchgroup gegen sexistische Werbung“ in Graz**

Die Seite der "Watchgroup gegen sexistische Werbung" zeigt verschiedene sexistische Darstellungen von Männer und Frauen in der Werbung. Oder von Mädchen und Jungen.

Die "Watchgroup gegen sexistische Werbung" ist online und achtet künftig auf das Grazer Stadtbild - Mitinitiatorin Maggie Jansenberger im *dieStandard.at*-Interview "Die Darstellung eines Mannes, flankiert von zwei Frauen", oder "der Mann ist der Experte, die Frau zieht ihn zu Rate (z.B. 'Hausverstand')". Das sind nur zwei Kriterien dafür, wie sexistische Werbung aussehen kann. Erstellt wurden diese Kriterien in einem umfangreichen Kriterienkatalog für die neue Grazer Plattform "Watchgroup gegen sexistische Werbung", die im Mai online ging. Laut Wahrnehmung ein: "Frau ist gleich Sex, Frau ist gleich Produkt oder Produkt ist gleich Frau, Frau muss schön und erfolgreich sein". Auch über die so genannte "Umkehrregel" klärt die "Watchgroup" auf: "Könnte ein Sujet, welches eine Frau darstellt, mit dem identischen Arrangement auch einen Mann darstellen, ohne irritierend zu wirken?"

Bis es zu bundesgesetzlichen Regelungen kommt, wie es auf der Seite der Watchgroup heißt, möchte diese Initiative von Frauenstadträtin Elke Edlinger in Kooperation mit der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz, Vertreterinnen des Grazer Frauenrates, des Vereins Thekla

und DOKU (Frauendokumentations- und Projektzentrum) die Grazer Werbelandschaft beobachten und "gegebenenfalls Negativbeispiele" aufzeigen. Auf der Seite können auch einschlägige Werbedarstellungen gemeldet werden.

Quelle: *dieStandard*, 01. Juli 2009

## Literatur

### **Kaum zu glauben? Auch Mädchen haben Spaß an Technik und Naturwissenschaft**

*Karin Ballauff, Helga Gartner, Roswitha Hofmann, Doris Nußbaumer (Hg.innen), "Female Science, Faction, Reloaded"*

Ein Sammelband von Texten, die mit dem Lise Meitner Literaturpreis ausgezeichnet wurden, beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Frauen zu Naturwissenschaften und Technik

Gegen platte Klischees über Frauen und Technik anschreiben. Dies fordert der Lise Meitner Literaturpreis seit 1994 alle zwei Jahre in einer Ausschreibung. Gewinnerinnen des mit 2.200 Euro dotierten Preises können jene werden, die mit Erzählungen eine neue weitsichtige oder auch provokante Perspektive auf das Thema Geschlecht in Naturwissenschaften und Technik wagen. Die verstorbene österreichische Kernphysikerin Lise Meitner ist Namensgeberin für den Preis. Sie war die zweite Frau, die an der Universität Wien im Hauptfach Physik promovierte. 1933 wurde ihr die Lehrbefugnis aufgrund ihrer jüdischen Abstammung entzogen, nach ihrer Flucht konnte sie ihre Forschung in Schweden am Nobel-Institut fortsetzen. Gemeinsam mit Otto Frisch lieferte Meitner die erste physikalisch-theoretische Erklärung der Kernspaltung, die ihre Kollegen Otto Hahn und Fritz Straßmann 1938 entdeckten.

Das Buch "Female Science Faction Reloaded", das im Promedia Verlag erschienen ist und von Karin Ballauff, Helga Gartner, Roswitha Hofmann und Doris Nußbaumer herausgegeben wurde, präsentiert nun Texte darüber, in welcher Weise Frauen in Arbeitsfeldern und Ausbildungsbereichen wie Informatik, Maschinenbau oder Elektrotechnik mit den verschiedensten Vorurteilen und Hindernissen noch immer zu kämp-

fen haben. Die Herausgeberinnen wollten mit dem Buch dem Verhältnis „Frauen und Technik“ literarisch nachspüren und bestimmte „Phänomene“ aufzeigen, wie es im Vorwort heißt. Ein solches Phänomen war etwa, dass Lise Meitner irgendwie zur „Mitarbeiterin“ Otto Hahns wurde, obwohl sie entscheidenden Einfluss auf Hahns Erkenntnisse hatte, den Nobelpreis nahm natürlich Hahn entgegen.

Der Sammelband präsentiert die Siegerinnen-Texte aus den Jahren 2003, 2005 und 2007 und andere Erzählungen. Preisträgerin (2003) Monika Vasik gewährt beispielsweise Einblick in Überlegungen und Umfeld einer Maturantin, deren Tante ihr gegenüber feststellt: "Du schlägst ganz aus der Art". Kommentiert hat die Tante damit die Erwägung der Schülerin, vielleicht "an der Technik" zu studieren. Aber nicht nur über die Tante muss sich die junge Frau empören. Auch von ihrer Professorin ist sie enttäuscht, die ihre Schützlinge kurz vor der Matura im Stich lässt um Drillinge zu bekommen. Eine Professorin, die ihr versicherte, dass sie an ihre Begabung und Intelligenz glaube. "Pah! alles Gelaber. Wenn ich das vorher gewusst hätte, hätte ich mich nicht für die mündliche Mathematik und Physikmatura angemeldet, niemals."

Wie sind Sie als Frau dazu gekommen?

Da Identifikationsfiguren für junge Frauen im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich selten sind oder eben abhanden kommen können, muss es auch ohne gehen. Über eine Heizerin, die in einem Museum die Arbeit als Schiffsheizerin nachstellt, nimmt das Erstaunen schier kein Ende: "Und wie sind Sie als Frau dazu gekommen, hier zu arbeiten?". "Hat ihr Vater in so einem Beruf gearbeitet, oder ihr Großvater?". Die Heizerin verneint. Und wieder "oh, eine Heizerin. Haha. Wie sind Sie als Frau dazu gekommen, das hier zu machen?" Antwort: "Ich wollte verstehen, wie das alles funktioniert." Und das Erstaunen scheint in Lisa Mandelartz Text "Die Wartung des Kessels darf nur zuverlässigen, gut ausgebildeten männlichen Personen über 18 Jahren übertragen werden" nicht mehr enden zu wollen.

Wenn noch immer kleine Kinder aufgeregt auf Frauen in bestimmten Berufen zeigen und rufen "Papa, das ist eine Frau!",

scheint es nicht verwunderlich, dass es zu dem Selbstverständnis für Frauen und Mädchen, aus einer umfangreicheren Palette an Berufen zu wählen, noch weit ist. Dass es in den verschiedensten naturwissenschaftlichen und technischen Studienrichtungen und Arbeitsfeldern an Frauen mangelt, wissen wir. Über die vielen "Phänomene", die strukturellen und gesellschaftlichen Traditionen und kulturellen Erzählungen, die auch nicht durch einschlägige Förderungsmaßnahmen so einfach beseitigt werden können, geben aber Erzählungen, wie die in "Female Science, Faction, Reloaded" wichtige Aufschlüsse.

dieStandard.at, 30.6.2009)

### **Broschüre „Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft“ erschienen**

Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) hat sich verstärkt des Themas Homophobie angenommen. Ab heute können die Positionen verschiedener Akteure sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu in einer Broschüre mit dem Titel "Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft" nachgelesen werden.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte erst am 02. April 2009 einen Aktionsplan gegen Homophobie verabschiedet. Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Heidi Knake-Werner empfiehlt die soeben erschienene Publikation. „Es ist dem Berliner Senat ein wichtiges Anliegen, Homosexuellenfeindlichkeit und jegliche Diskriminierung gegenüber Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu verhindern und zu bekämpfen. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe können wir nur gemeinsam lösen. Dafür brauchen wir auch mehr Informationen über diese Diskriminierungsform.“ Auf der Fachtagung „Gemeinsam für Anerkennung und Respekt“ in der Werkstatt der Kulturen im November 2008 gingen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frage nach, wie die Ausgrenzung von Lesben und Schwulen mit und ohne Migrationshintergrund verhindert werden kann. In den Vorträgen und Workshops wurde deutlich, dass zielgruppenspezifische Maßnahmen mit kulturspezifischen Ansätzen nötig sind, damit es nicht zur Stigmatisierung einzelner Gruppen kommt. Die Tagung trug dazu

bei, die Dialogfähigkeit zwischen den Akteuren herzustellen, auch wenn die geäußerten Ansichten kontrovers waren. Die Broschüre dokumentiert diese Tagung. Alle Beiträge sollen dazu dienen, verschiedene Ansätze zur Prävention gegen Homosexuellenfeindlichkeit zu verstehen, um in einem sensiblen Prozess Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft abzubauen.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben und kann wie folgt bestellt werden: [broschuerenstelle@senias.berlin.de](mailto:broschuerenstelle@senias.berlin.de) oder Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Broschürenstelle, Oranienstraße 106 in 10969 Berlin. Sie kann außerdem im Internet [www.berlin.de/LADS](http://www.berlin.de/LADS) heruntergeladen werden.

## Termine

### 10. Interkulturelles Frauenmusikfestival 2009

Termin: 24.7. – 26.7.

Ort: Zum Kyrbach, 55487 Sohrschied

#### Auftritte:

#### **Ani Choying Drolma**

Wenn die buddhistische Nonne Ani Choying singt, ist dies stets eine Meditation, auf deren Reise sie alle einlädt teilzunehmen. Ihre tibetischen Mantras sowie die nepalesischen Lieder haben einen meditativen-spirituellen Inhalt. Mit ihrem warmen Gesang wird sie den Auftakt unseres Jubiläums einleiten und das Festival segnen. Durch ihre Konzerte wird die von ihr gegründete Arya Tara Schule für junge Nonnen in Nepal finanziert.

#### **Black Voices**

Ein grandioses acapella Quintett. Inspiriert durch Sweet Honey in the Rock haben sie ihren eigenen dynamischen Weg gefunden. Spirituals, Gospel, Reggae, Blues, Jazz, traditionelle afrikanische und karibische Musik und originale zeitgenössische Kompositionen gefühlvoll transportiert und berührend. Sprachen und kulturelle Barrieren überquerend ist ihre Musik belebend, emotional und inspirierend.

#### **Tribad**

Electro-poetische Love-Songs – Liebe, Hass und Rebellion in einer aufregenden Mischung aus Hip Hop, Reggae und Hou-

se. Die klare Aussage: Frauenpower pur! Italienische Texterin trifft auf französische Hip Hop Sängerin. Ana Cuenca und Natasha werden von der Bassistin Eylatan begleitet

#### **Duo Edeldicht**

Leidenschaftlich zelebrieren die Zürcherinnen Carmen Oswald und Flavia Vasella traditionellen Naturjodel wie Alpenswing, Berggospel und Country-Ländler. Das Duo Edeldicht singt über Gemüse, Sennenliebe, Eierlegen und Fernweh. Ein gesangliches Highlight mit Witz und Charme.

#### **Bosphorus Performing Arts Ensemble**

Beeindruckende Volkslieder aus den verschiedenen Regionen der Türkei geben in 13 Sprachen Einblicke in das Leben von Frauen und in die kulturelle Vielfalt Anatoliens und Kleinasien. Das 12-köpfige Frauenensemble aus Istanbul verbindet in mitreißenden Klängen persönliche und politische Themen.

#### **Rainhas do Norte**

Brasilianisches Trommelfeuer verbunden mit energiegeladenem Gesang – das sind die Rainhas do Norte. Die Formation aus 7 Frauen spielt traditionelle Trommelrhythmen des Maracatu aus dem Nordosten Brasiliens. Grooves aus den Straßen Berlins bleiben nicht unverarbeitet und werden von der Combo zu einer schweißtreibenden, unerschämten tanzbaren Mischung verbunden.

#### **Nawal**

Die erste Liedermacherin (Gesang, Gitarre & Laute) der Komoren, die öffentlich auftritt und die verschiedenen Charaktere des Lebens auf den Inseln in einem reichen Dialog der Kulturen miteinander verwebt. Indisch-arabisch-persische Musik trifft auf Bantu Polyphonien und Sufi Trance des indischen Ozeans. Heilende Kraft der Musik mit bewegenden Liedern voller Anmut. Sie produziert ihr eigenes Label und wird von Melissa Cara Rigoli auf der Mbira und mit Perkussion begleitet.

#### **Son Dos**

Irland meets Kuba - mit dem Jubiläumskonzert werden Daisy Jopling und Milagros Piñera-Ibaceta das Festival abrunden und uns verzaubern. Die beiden faszinierenden Musikerinnen haben bereits bei ihrem Auftritt vor 7 Jahren die Besucherinnen-Heizer höher schlagen lassen. Sie vermitteln uns ein Lebensgefühl zwischen schwungvoller Energie und stellenweise

berührender Melancholie. Lasst uns die übersprudelnde Lebensfreude, die sie in ihren Liedern zum Ausdruck bringen, gemeinsam erleben.

Weitere Infos unter:

[www.frauenmusikfestival.de](http://www.frauenmusikfestival.de)

**9. Kongress der gpgf  
„GENDER – PSYCHE –  
LEBENSPHASEN“**

Termin: 10. – 12. September 2009

Ort: Kollegiengebäude Universität Basel  
Petersplatz 1

Kongress der Interdisziplinären Gesellschaft für die psychische Gesundheit von Frauen und Genderfragen (gpgf)

Themen: Das Tabu ist gebrochen, die Scheu nicht vorbei – Der Zugang zu Opfern offensichtlicher und vermuteter häuslicher / sexueller Gewalt im klinischen Alltag, Gruppentherapie für Mütter mit Depression, Gender in Psychotherapie und Beratung: Beziehungsgestaltung und deren Auswirkungen im Zweiersetting, Risiko Partnerwahl, Frauenspezifische Psychotherapie?!, Pflegerische Interventionen bei häuslicher Gewalt, Symposien: Geschlechtsidentität – nature oder nurture? Geschlechtsunterschiede bei psychischen Erkrankungen, Soma und Psyche, Geburtserleben, Intersexualität, Geschlechtersensible Pharmakotherapie, Diagnostik, Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder, Sexualität und Beziehung, Frau Sucht Gesundheit, Peripartalzeit, Die alternde Frau, Geschlechtersensible Psychotherapie, Gewalt, Trauma und psychische Erkrankungen, Geschlechtersensible Behandlungsansätze und – settings, Männliches Erleben, Peripartale Risikokonstellationen und Präventionsansätze.

Anmeldung per Fax: +41 61 265 45 99  
oder per Brief an gpgf z.Hd. Prof. Dr. med.  
Anita Riecher-Rössler, Psychiatrische Poliklinik,  
Universitätsspital Basel, Petersgraben 4,  
CH-4031 Basel, Schweiz, Infos unter:  
email: [kongress@gpgf.org](mailto:kongress@gpgf.org)

**Der Mediengau von Winnenden.  
Über die Ausblendung  
der Frauenmorde**

Vortrag der Hamburger Kommunikationswissenschaftlerin Brigitta Huhnke zum Amoklauf in Winnenden.

Termin: 08.10., um 19.30 Uhr

Ort: Kofra München, Baaderstr. 30

**Gründung des Dachverbands  
Lesben und Alter**

Termin: 29.10 17.00 Uhr - 30.10, 17.00 Uhr

Ort: Frauenlandhaus Charlottenberg

Im Vorfeld der Tagung „Lesben und Alter“ (s.u.) wird der Dachverband Lesben und Alter gegründet.

Der Wunsch nach Gründung eines Dachverbandes ist ein Ergebnis der vier bundesweiten Fachtagungen Lesben und Alter. Zweck und Gründe der stärkeren bundesweiten Vernetzung aller Organisationen, die im Arbeitsbereich „Lesben und Alter“ aktiv sind, sollen sein:

- Bundesweit eindeutige Ansprechbarkeit für Institutionen und Bundesministerien
- Zwischen den Fachtagungen findet auswertende, vorbereitende, innovative Weiterarbeit statt.
- Forschungsergebnisse würden bundesweit übertragbar sein
- Lobbyarbeit mit SeniorInnenorganisationen. Eine schmale unaufwendige Struktur wird entwickelt.

Informationen: *Lesbenverein Intervention e.V., Glashüttenstraße 2, 20357 Hamburg, Tel: 040 – 24 50 02, [info@lesbenverein-intervention.de](mailto:info@lesbenverein-intervention.de)*

**5. bundesweite Fachtagung  
„Lesben und Alter“**

30.10. ab 17 Uhr bis 1.11. 14 Uhr

Ort: Frauenlandhaus Charlottenberg

Eingeladen sind Wissenschaftlerinnen, Altenpflegerinnen, sowie Fachfrauen aus Frauen-/Lesbenprojekten und Wohnprojekten, die sich dem Thema Lesben und Alter widmen möchten. Lesbische Frauen, insbesondere ältere lesbische Frauen sind immer noch von Unsichtbarkeit betroffen. Die Fachtagung hat zum Ziel, neue Impulse und Erkenntnisse zur Verbesserung der Lebenssituation älter werdender Lesben zusammen zu tragen und weiter zu entwickeln. Die Inhalte der vorigen Fachtagungen werden dabei aufgegriffen, weiter entwickelt und mit neuen Impulsen angereichert.

[info@lesbenverein-intervention.de](mailto:info@lesbenverein-intervention.de)

**Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:**

- 54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung. Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08: Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen

Kofra